

VAA Magazin

Interessenvertretung · Juristischer Service · Publikationen · Bildung · Netzwerk

Chemie in Pflanzen:

Boden schützen

Tagung in Seeheim:
Verband steuern





Exklusive Vorteile für
VAA-Mitglieder und
deren Angehörige.



Lassen Sie Ihre Sorge einfach stehen: Mit der Gothaer Berufsunfähigkeitsversicherung.

- Günstigere Beiträge
- Nur zwei Gesundheitsfragen
- Einzigartiger Familienbonus
- Finanzielle Absicherung der Kinder bei schweren Krankheiten

Hinweis: Dieses Angebot gilt nur für VAA-Mitglieder über die VAA Assekuranz Agentur GmbH.



Fordern Sie unverbindlich Ihr persönliches Angebot bei uns an:

VAA Assekuranz Agentur GmbH · Versicherungsmehrfachagentur für Mitglieder des VAA

Postanschrift: Postfach 2080, 50210 Frechen · Tel. 02234 9632850 · Fax 02234 9632855 · info@vaa-assekuranz.de

SPEZIAL

- 06 Pflanzen- und Bodenschutz
Anpassungsfähige Ackerkrume

VAA

- 12 Delegiertentagung in Seeheim
Vorstand neu gewählt
- 18 Podiumsdiskussion in Dresden
Standort Sachsen hat Zukunft
- 19 Aufsichtsratswahlen
Erfolg bei Merck
- 20 Betriebsratswahlen
Ergebnis von 2010 übertroffen
- 21 Altersvorsorge für Apotheker
Rentenversicherung ändert Rechtsprechung

BRANCHE

- 24 Globalisierung
Interview mit Professor Holger Görg

MELDUNGEN

- 28 Kieler Forscher bauen Möbiusmolekül

ULA NACHRICHTEN

- 31 Sprecherausschusstag 2014
Industrie im digitalen Zeitalter

MANAGEMENT

- 39 Eignungsdiagnostik und Assessments
Richtig rekrutieren

RECHT

- 42 Interview mit Ilga Möllenbrink
Fallstricke im Aufhebungsvertrag
- 44 Erben und Vererben
Unterhalt trotz Kontaktabbruch zu Eltern?

VERMISCHTES

- 47 ChemieGeschichte(n)
- 48 Glückwünsche
- 49 Kreuzworträtsel, Sudoku
- 50 Leserbriefe, Termine, Vorschau, Impressum

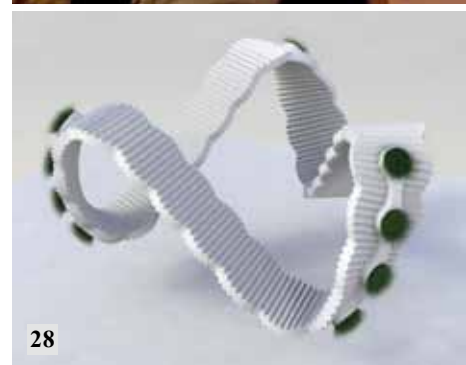
Foto: Anna E – Fotolia



6



18



28

Coverfotos: MaxxyM, Cody Wheeler – Shutterstock



31



44



Gesunder Boden liefert gesunden Ertrag: Über die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Auf einem Hektar werden dabei pro Jahr durchschnittlich neun Kilogramm Pflanzenschutzmittel und 2,5 Kilogramm Wirkstoffe eingesetzt. 2011 erhielten laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 691 Pflanzenschutzmittel mit insgesamt 258 Wirkstoffen ihre Zulassung. Foto: Sunny studio – Fotolia

Gute Tradition

Es ist Mitte Juni: für die meisten Menschen hierzulande die wohl schönste Zeit des Jahres. Der Frühling hinterlässt dem Frühsommer eine sattgrüne Farbenpracht. Die Sonnentage sind lang wie nie, die Nächte dafür noch nicht so unerträglich heiß wie in tropischen Sommerwochen. Die Erdbeerernte ist in vollem Gang. Dagegen wird die Spargelsaison schon sehr bald beendet – traditionell zum Johannistag am 24. Juni. Das wohl-schmeckende, laut Statistischem Bundesamt am häufigsten angebaute Freilandgemüse in Deutschland ist also schon fast vollständig abgeerntet. Mit einem hoffentlich guten Ertrag für die Landwirte. Aber wovon hängt dieser Ertrag überhaupt ab? Von gesunden Böden mit einer biologisch aktiven Mikroflora. Und da kommt die Chemie ins Spiel. Denn der chemische Pflanzenschutz leistet in der Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag für eine produktive und ausgewogene Bodenchemie. Entgegen der meist kritischen öffentlichen Wahrnehmung gehen Pflanzen- und Bodenschutz nämlich Hand in Hand. Mehr Informationen hierzu im Heft – im aktuellen Spezial auf den Seiten sechs bis elf. So viel vorweg: Es kommt ganz auf den intelligenten, maßvollen und vielfältigen Einsatz an.



Foto: Leuschner – VAA

Intelligent, maßvoll und vielfältig ist auch die Arbeit der VAA-Mandatsträger in den Betrieben. Mit Tatkraft und Verantwortung setzen sich die Verbandsvertreter in den Gremien der Mitbestimmung ein. Dies zahlt sich aus, nicht zuletzt bei Wahlen: ob zum Betriebsrat, zum Sprecherausschuss oder zum Aufsichtsrat. Die Kandidaten des VAA konnten Erfolge verbuchen. An dieser Stelle seien besonders die tollen Ergebnisse der zu Ende gegangenen Betriebsratswahlen hervorzuheben. Dazu ein ausführlicher Artikel auf Seite 20.

Mancherorts werden die guten Resultate des VAA mit Skepsis aufgenommen. Dazu gibt es jedoch keinen Grund. Denn eine starke Stimme der außertariflichen und leitenden Angestellten kommt der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung nur zugute! Ein starker, selbstbewusster VAA ist gut für das Klima in der Sozialpartnerschaft, die in der Chemie weiterhin vertrauensvoll und konstruktiv bleiben wird. Unsere Sozialpartner wissen genau, was sie am VAA haben. Sie wissen auch, dass es dem VAA um Ergänzung, und nicht um Konkurrenz geht – schon gar nicht um Kampfrhetorik. Nein, in der Chemie-Sozialpartnerschaft sorgt gerade der VAA für eine ausgewogene Vertretung aller Mitarbeiter. In der Chemie ist es gute Tradition, dass Branchen- und Berufsgewerkschaft kooperieren. Das soll auch so bleiben.

Was ebenfalls dauerhaft bleibt, ist der zunehmend globale Charakter unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt. Globalisierung gehört für alle Unternehmen mittlerweile zum Kerngeschäft, ob Start-up oder Großindustrie. Globalisierung bedeutet zugleich Verfügbarkeit der Arbeit rund um den Globus, rund um die Uhr. Warum Deutschland davon profitiert? Die Antwort gibt es im Magazin auf den Seiten 24 und 25. In diesem Sinne ist auch der VAA zu begreifen – fest in Deutschland verwurzelt, aber über seine Mitglieder global denkend und handelnd.

Gerhard Kronisch
VAA-Hauptgeschäftsführer



Foto: Anna E – Fotolia

PFLANZEN- UND BODENSCHUTZ

Neues Leben aus der Krume

7,2 Milliarden Menschen leben zurzeit auf der Erde. Und mit der Weltbevölkerung wächst auch der Bedarf an Lebensmitteln. Anders sieht es mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus: Laut UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO standen 2013 weltweit 4,9 Milliarden Hektar zur Verfügung, davon allerdings nur 1,4 Milliarden Hektar Ackerland. Das Wachstumspotenzial? Begrenzt. Wie kann der steigende, mancherorts sprichwörtliche Hunger nach Agrarrohstoffen gedeckt werden? Eine wichtige Rolle spielt dabei der chemische Pflanzenschutz. Doch dieser bringt wenig, wenn nicht gleichzeitig Acht auf das wohl kostbarste Agrargut gegeben wird – den Boden.

Von Timur Slapke

Ein Archiv der besonderen Art: silberglänzende Kryotanks, in Reihen gestaffelt, mit Stickstoff gekühlt. So hoch wie ein ausgewachsener Mensch, würden locker fünf Erwachsene hineinpassen. Doch gelagert werden hier winzige Proben zu je zehn Gramm. 200 pro Tank. Die Innentemperatur von minus 150 Grad Celsius wird permanent elektronisch überwacht. Zuvor wird jede einzelne Probe, die im Archiv der Umweltprobenbank am Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Ökologie (IME) in Schmallenberg gelagert werden soll, in einer speziellen Kryomühle vermahlen.

Idyllisch gelegen, auf einem Hügel, werden hier im tiefsten Sauerland neben unzähligen Tier- und Pflanzenproben aus unterschiedlichsten Ökosystemen auch Bodenproben aus ganz Deutschland aufbewahrt. Am Institut selbst führen Wissenschaftler Untersuchungen von Bodentypen, aber auch von Pflanzenschutzmitteln durch. Forscher wie Karlheinz Weinfurtnner prüfen, wie viele Schadstoffe überhaupt ins Wasser, in die Pflanze oder direkt zum Menschen gelangen können. Dabei sind der Gehalt an organischer Substanz und der pH-Wert des Bodens von großem Interesse. „Der Anteil von Sand, Schluff und Ton ist relevant für die Bindigkeit eines Bodens und für die Wasserleitfähigkeit. Je tonhaltiger, desto schlechter die Wasserleitung,

aber desto höher die Wasserspeicherkapazität“, erklärt Weinfurtnner. In der Abteilung Ökologische Chemie am IME-Standort Schmallenberg forscht der studierte Agrarwissenschaftler seit 2000.

Aber was genau sind eigentlich Pflanzenschutzmittel? Nichts anderes als organische, biologisch aktive Moleküle. Hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Boden führt Dr. Peter Burauel von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn aus: „Ich sehe keine grundsätzliche Belastung der Böden mit Pflanzenschutzmitteln, die kritisch ist.“ Vor allem auf dem Gebiet der Angewandten Radioagronomie und des Verbleibs von Pflanzenschutzmitteln im Agrarökosystem ist Burauel ein ausgewiesener Experte. Betrachtet man auf einem Hektar Ackerland die oberste Bodenschicht, auch Krume genannt, dann beträgt der Gehalt an organischem Kohlenstoff ungefähr 1,2 Prozent. Burauel präzisiert: „Gerechnet auf einen Hektar sind das circa 40.000 Tonnen organische Kohlenstoffe in der obersten Krumschicht.“ In diesen Pool werden in Deutschland 1 bis maximal 1,5 Kilogramm Kohlenstoffe aus Pflanzenschutzmitteln stammend eingebracht. Eine verschwindend geringe Menge.

In der Industrie sieht man dies ähnlich, auch hinsichtlich möglicher Kombinationen unterschiedlicher Wirkstoffe. So sind

dem Leiter der Abteilung Umweltsicherheit bei der Bayer CropScience AG Dr. Richard Schmuck aus der Empirik keine Beispiele bekannt, dass sich Wirkstoffkombinationen negativ auf die Umwelt ausgewirkt hätten: „In der weit überwiegenden Zahl der untersuchten Stoffgemische wurde deren Wirkung von der Toxizität einer Einzelkomponente oder der additiven Wirkung der darin enthaltenen Wirkstoffe bestimmt.“ Auch aus Hunderten von Feldversuchen ließen sich keine Hinweise auf unerwartete, umweltrelevante Wirkungssteigerungen von Testsubstanzen durch andere Pflanzenschutzmittel oder chemische Stoffe ableiten.

Adaptionskünstler Mikroorganismen

Sechs bis sieben Millionen Bakterien leben in nur einem Gramm Ackerboden. Dies sorgt für eine natürlich hohe Regenerationsfähigkeit. Allerdings kennt die Wissenschaft nur etwa fünf Prozent der Bodenmikroben. Sicher ist aber: Ihre Anpassungsfähigkeit ist enorm. Manche Böden setzen daher Pflanzenschutzmittel so schnell um, dass die Mittel gar nicht erst ihre Wirkung entfalten können. „In den USA gibt es solche *problem soils*“, berichtet Peter Burauel aus eigener Erfahrung. Um die adaptive Funktionalität der Bodenmikroflora weiß auch Richard Schmuck, der von Haus ▶



Beim Ökolandbau gibt es strengere Vorschriften über den Einsatz von chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln als in der herkömmlichen Landwirtschaft. Doch auf fruchtbaren Böden spricht aus wissenschaftlicher Sicht nur wenig gegen eine intensive Bewirtschaftung. Foto: jillchen – Fotolia

aus Biologie ist. Bereits vor seiner Tätigkeit in der Industrie hat sich das langjährige VAA-Mitglied mit der Umweltrisikocharakterisierung von Chemikalien und synthetischen Pflanzenschutzmitteln beschäftigt. Zu Schmucks heutigen Aufgaben gehört die umfassende Bewertung der Auswirkungen aller von seinem Unternehmen vermarkteten Pflanzenschutztechnologien.

Bis ein Mittel auf den Markt kommt, braucht es einen langen Atem. Von der Erstsynthese bis zur Vermarktung dauert die Zulassung eines Pflanzenschutzmittels in der Regel zehn bis zwölf Jahre. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Nutzungsdauer eines Wirkstoffes in der Landwirtschaft liegt zwischen 20 und 40 Jahren. Für die Entwicklung fallen Investitionen von ungefähr 250 Millionen Euro an. In der EU sind die Zulassungsbedingungen sehr straff geregelt. Man müsse beispiels-

weise die Auswirkungen auf eine Reihe von Nicht-Zielorganismen untersuchen, erklärt Fraunhofer-Bodenkundler Karlheinz Weinfurter. „Nur wenn man den Nachweis erbringt, dass die abgeschätzten Konzentrationen bei der Anwendung eines Mittels sicher unterhalb der Schadschwelle für die empfindlichsten Organismen sind, wird ein Mittel zugelassen.“ Peter Burauel bestätigt: „Wären weltweit solche Bedingungen gültig, hätten wir kein Problem.“

Risiken restriktiver Regulierung

Bei der Zulassung liegt die Nachweispflicht für die Unschädlichkeit bei der Industrie. Fehlen Studien oder sind diese aus Sicht der Regulationsbehörden nicht ausreichend, wird keine Zulassung erteilt. „Daher hat die Industrie nicht nur ein In-

teresse, geforderte Standardtests durchzuführen, sondern auch in kritischen Fällen die sich aus den spezifischen Eigenschaften des Mittels ergebenden Bedenken durch aufwändige Studien auszuräumen“, betont Weinfurter. Allerdings berge eine zu restriktive Zulassungsregulierung auch Gefahren, mahnt Richard Schmuck von Bayer CropScience. Die Anzahl der Wirkstoffe drohe so weiter abzunehmen und damit die Option des Produktwechsels einzuschränken.

In der Öffentlichkeit wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln überwiegend kritisch wahrgenommen. Die Vergangenheit wirkt bis heute nach: Der großflächige Einsatz von Herbiziden und Insektiziden wie Atrazin oder DDT im vorigen Jahrhundert hat dauerhaft Ängste geweckt. So war im Fall des mittlerweile längst verbotenen Insektizids DDT zum



Zum Pflanzenschutz gehört auch die Untersuchung von Pflanzen wie Soja oder Mais in speziellen Gewächshäusern. Foto: Bayer CropScience AG

damaligen Zeitpunkt überhaupt nicht absehbar, dass sich das Pflanzenschutzmittel weltweit verteilt und in der Nahrungskette akkumuliert. Denn Beurteilungen der Wirksamkeit und der Toxikologie können immer nur nach dem jeweils aktuellen Stand der Wissenschaft erfolgen. Gerade da sei man in den letzten Dekaden aber unglaublich gut geworden, beteuert Pflanzenschutzexperte Burauel. Auch im Landwirtschaftszentrum Monheim bei Bayer CropScience ist man sich über die Notwendigkeit strenger ökologischer Verträglichkeits- und Effektivitätsprüfungen bewusst. Richard Schmuck betont: „Die im Bereich Pflanzenschutz tätigen Unternehmen verstehen sich als Partner der Landwirtschaft und sorgen durch umfangreiche und sorgfältige Untersuchungen ihrer Produkte dafür, dass keine unvermeidbaren Auswirkungen auf die Böden auftreten.“

Streng genommen sind Boden- und Pflanzenschutz zwei völlig verschiedene Regulationsbereiche. Während man beim Pflanzenschutz wirkstoffbezogen vorgeht, ist Bodenschutz eine medienbezogene Betrachtung. Man schützt nicht den Boden an sich, sondern dessen Funktionen. IME-Wissenschaftler Karlheinz Weinfurter erklärt den Unterschied: „Wir betrachten die Schadstoffe nicht anhand ihrer absoluten Gehalte, sondern anhand ihrer Wirkungspfade.“

Was aber sind die effektivsten Methoden, um Böden zu schützen? Vielfalt. Und zwar sowohl bei den Kulturpflanzen als auch bei den eingesetzten Pflanzenschutzmitteln. Problematisch wird es nämlich dann, wenn etwa bei resistenten Sorten ein Pflanzenschutzmittel direkt, in hoher Dosis und mehrere Jahre hintereinander appliziert wird. Das widerspreche der Umsetzungsfähigkeit und Selbstreinigungskraft der Bö-

den, erläutert Peter Burauel. Es ist ein einfacher evolutiver Prozess: Wenn ein hoher Druck entsteht, wirkt sich dies auf eine Population aus, wodurch schneller Resistenzen ausgebildet werden. Burauel beruhigt: „Diesen Druck können wir jedoch durch Pflanzenschutzmittelvielfalt vermindern.“

Zum Bodenschutz gehört auch der Grundwasserschutz: Denn die landwirtschaftliche Nutzfläche ist gleichzeitig ein Schutzschild für das Grundwasser. Daher dürfen aus der Ackerkrume keine Chemikalien in tiefere Bodenschichten eintreten und möglicherweise Grundwasserressourcen verunreinigen. Während die Belastung durch Industriechemikalien für die Bodendegradation weltweit nur zu einem Prozent eine Rolle spielt, ist die Erosion durch Regen oder Wind der Hauptgrund für Bodendegradation. Pro Kopf der Weltbevölkerung geht es da um 4,1 Tonnen erodierende ►



Bodenpartikel. Peter Burauel warnt: „Mit zunehmenden Trockenperioden, Sturmereignissen und starken Regenfällen wird sich die Erosionsgefahr weltweit verstärken.“ Es wird also immer wichtiger, die Ackerkrume geschützt und bedeckt zu lassen. „Durch Erosion der Krume wird auch der Kohlenstoff weggetragen, wodurch die Böden verarmen und weniger fruchtbar werden“, sagt Burauel. Bei einem abnehmenden Kohlenstoffgehalt im Boden werde auch die Filter- und Pufferfunktion beeinträchtigt. Daher komme es besonders auf das Verständnis der verschiedenen Funktionen des Bodens an, der eben nicht ausschließlich Erträge liefern soll.

Demografieprognosen der UN gehen von einem weltweiten Bevölkerungsanstieg auf über neun Milliarden Menschen bis 2050 aus. Nimmt man den Klimawandel und Ressourcenmangel hinzu, ist eine Steigerung der Agrarproduktivität um jährlich ein bis zwei Prozent nötig, um zumindest den Anteil der hungernden Bevölkerung nicht ausweiten zu lassen. Ein weiterer Hebel: die Reduzierung des Fleischkonsums. Darin sind sich Experten wie Peter Burauel und Karlheinz Weinfurter, aber auch viele Industrievertreter wie Richard Schmuck einig. So würde die Intensität beim Pflanzenanbau und der Bodenbearbeitung verringert. Das Problem liegt in der gesellschaftlichen Akzeptanz. Zudem ist gerade in Schwellenländern die umgekehrte Tendenz zu beobachten.

Erst die Dosis macht das Gift: Um Böden zu schützen und deren Fruchtbarkeit nachhaltig zu gewährleisten, kommt es vor allem auf Streuung und Vielfalt an, sowohl beim Anbau der Pflanzenkulturen als auch beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Foto: Thomas Kauffelt – Deere & Company

„Bei der Mittelvielfalt haben wir in Zukunft sicherlich noch Nachholbedarf.“

Dr. Peter Burauel, Privatdozent für Bodenkunde und Radioagronomie an der Universität Bonn und Leiter der Stabsstelle ZukunftsCampus am Forschungszentrum Jülich.

Können Agrar- und Agrochemieindustrie vielleicht vom ökologischen Landbau lernen? In der Tat. So könnte man sich im Intensivlandbau überlegen, ob Fruchtfolgen wieder aufgelockert und mehr Kulturpflanzen in eine Fruchtfolge aufgenommen werden. Bei Pflanzenschutzmitteln sollte sich die Industrie um eine bessere Beleuchtung von Umweltwirkungen und Genaktivität der Kulturpflanzen bemühen, um die Effizienz der Wirkstoffe zu steigern. „Bei der Mittelvielfalt haben wir in Zukunft sicherlich noch Nachholbedarf“, ergänzt Peter Burauel, der seit 2012 außerdem die Stabsstelle ZukunftsCampus am Forschungszentrum Jülich leitet.

Während man Luft- und Wasserverschmutzungen sieht und riecht, nimmt man Bodenverschmutzungen oft gar nicht oder nur indirekt wahr. Die schleichende Belastung der Böden mit Schadstoffen sieht man auch heute noch nicht. So gibt es erst seit 1999 ein Bodenschutzgesetz. Weinfurter erklärt das Dilemma: „Böden vertragen über sehr lange Zeit sehr viel mehr als Luft und Wasser, doch ist der kritische Punkt erst erreicht, sind sie erschöpft. Dann schafft man es auch nicht, sie in kurzer Zeit wiederherzustellen.“

Grundsätzlich ist ein Boden dann gesund, wenn er seine Funktionen erfüllen kann. Karlheinz Weinfurter resümiert: „Wir alle leben davon, dass Böden zur Durchführung von Transferprozessen in der Lage

sind. Stoffe zu speichern und umzuwandeln ist die Hauptfunktion.“ Kritisch wird es immer dann, wenn die Belastungen durch Chemikalien oder Umwelteinflüsse so massiv werden, dass sie zu einem Abbau des Kohlenstoffgehalts führen. So sind in Deutschland die Waldböden weitgehend und stark versauert – ein Vermächtnis aus der starken industriellen Schadstoffbelastung bis in die späten Siebziger Jahre. „In diesem Punkt ist die Regenerationsfähigkeit des Bodens eigentlich nicht vorhanden“, stellt Weinfurter fest. Dieses Problem kriege man nur noch durch technische Maßnahmen wie Waldkalkung in den Griff. Landwirte kalkan ihre Böden schon seit Jahrzehnten. Auch wenn die Landwirtschaft sehr viele Stoffe in die Böden einbringt: Sie entnimmt gleichzeitig nicht weniger durch die Ernte. Für die Landwirte gilt daher: Vielfalt, Vorsicht und Augenmaß beim Einsatz von Düng- und Pflanzenschutzmitteln.

Neue Wirkstoffklassen nötig

Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Industrie ist die Entwicklung neuer Wirkungswege und -mechanismen. Ähnlich wie bei Antibiotika nimmt die Entwicklungsrates neuer Wirkstoffklassen ab. Das müsse aber das Ziel sein, meint Fraunhofer-Forscher Karlheinz Weinfurter. Man könne die Dosierung von Pflanzenschutzmitteln nicht unbegrenzt erhöhen. Ebenfalls be-

grenzt sind die weltweiten Anbauflächen. Im Gegenteil: „Wir verlieren global immer mehr Flächen durch Erosionen und Degradationen“, so Weinfurter. „Da ist Mitteleuropa eine paradiesische Ausnahme.“ Doch auch in Deutschland, vor allem im Osten, sind klimabedingte Schwierigkeiten zu erwarten. Für einen effektiven Bodenschutz braucht man künftig also noch mehr Daten und Informationsverzahnungen, um Wirkungen und Wirkstoffkombinationen besser abschätzen können. Weinfurter gibt zu: „Das ist eine Herausforderung für die Wissenschaft und auch für die Industrie, die wir gemeinsam bearbeiten müssen.“

Ein verbessertes Verständnis von Struktur- und Funktionskopplung sollte zum langfristigen Erhalt der Bodenleistung erheblich beitragen, ist sich Richard Schmuck von Bayer CropScience sicher. Nicht außen vor gelassen werden dürfe auch das erhebliche Potenzial im Bereich des Digital Farmings, das gezieltere Düngung und Pflanzenschutz unter Berücksichtigung kleinräumiger Gegebenheiten ermögliche. Beim Pflanzenschutz selbst werde man sich noch stärker um die Integration verfügbarer Technologien zum optimalen Pflanzenschutz bei gleichzeitiger Minimierung der Ressourcen- und Umweltbeanspruchung bemühen. Agrarwissenschaftler Peter Burauel fasst zusammen: „Generell brauchen wir den chemischen Pflanzenschutz, er muss nur intelligent angewandt werden.“ ■



Im VAA-Vorstand für die nächste Legislaturperiode: Rainer Nachtrab, 2. Vorsitzender, Dr. Roland Leroux, Dr. Daniele Bruns, Dr. Wolfram Uzick, Dr. Thomas Fischer, 1. Vorsitzender, Schatzmeister Dr. Martin Bewersdorf und Dr. Frédéric Donié. Fotos: Leuschner – VAA

DELEGIERTENTAGUNG IN SEEHEIM

Neuer Vorstand gewählt

Für die nächsten drei Jahre hat der VAA einen neuen Vorstand, turnusgemäß gewählt von den Delegierten Anfang Mai auf ihrer Tagung im Lufthansa Training & Conference Center Seeheim. Außerdem hat das oberste Verbandsorgan zahlreiche politische Beschlüsse gefasst und Strategien für die Zukunft diskutiert. Am Vorabend eröffnete der Trendforscher Matthias Horx mit seinem Vortrag „Kreativer Kapitalismus“ die Veranstaltung.



Zahlreiche Delegierte haben sich an der Diskussion der politischen Anträge beteiligt, darunter auch Dr. Wilfried Robers von der Landesgruppe Westfalen.





An der Tagung am 10. Mai nahmen rund 200 Delegierte aus den Werks- und Landesgruppen teil.

„Hier teilen wir vieles miteinander: Erfahrungen, Strategien oder auch Kritik.“

Dr. Thomas Fischer in seiner Eröffnungsrede zur Delegiertentagung.



In seiner Ansprache hob der 1. VAA-Vorsitzende Dr. Thomas Fischer das gute Abschneiden bei den Aufsichtsrats- und Betriebsratswahlen in zahlreichen Betrieben hervor. Des Weiteren sprach Fischer die Tarif-, Energie- und Rentenpolitik sowie die Globalisierung und aktuelle Projekte des VAA an.





Prof. Manuela Rousseau und Angelika Madaus im Gespräch während einer der Kaffeepausen (v. l.).



Beschlüsse der Tagung

Industriepolitik

Die deutsche Industrie muss im globalen Wettbewerb durch eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen gestärkt werden, um die Standortattraktivität zu sichern.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Bei der EEG-Reform ist ein vollständiger Bestandsschutz für industrielle Eigenstromerzeugungsanlagen zu garantieren.

Tarifeinheit

Die Chemie-Sozialpartner sind gefordert, eine trilaterale Vereinbarung zur Verankerung der branchenspezifischen Tarifpluralität unter dem Dach der Tarifeinheit abzuschließen.

Kalte Progression

Das verfügbare Nettoeinkommen darf nicht durch die kalte Progression geschmälert werden.

Teilzeit

Die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten für alternative Arbeitszeitmodelle wie Teilzeit müssen von den Unternehmen besser genutzt werden.

Beschäftigungsfähigkeit

An öffentlichen Bildungseinrichtungen müssen zertifizierte Weiterbildungsangebote für hochqualifizierte Arbeitnehmer mit anerkannten Abschlüssen entstehen.



Führungskräfte in der Chemie arbeiten deutlich mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt, so Prof. Wolfgang Appel in seinem Vortrag zum Arbeitszeitverhalten von Managern auf der VAA-Delegiertentagung am 10. Mai in Seeheim.



In seinem Vortrag am Vorabend der Delegiertentagung analysierte Matthias Horx die Wechselwirkungen von sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Trends in Bezug auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten.

„Kreativität ist langsam und ‚umständlich‘.“

Matthias Horx vom Zukunftsinstitut beim Vortrag über kreativen Kapitalismus am Vorabend der Delegiertentagung.

Trendjäger Horx erklärt Zukunft der Arbeitswelt

Unter dem Titel „Kreativer Kapitalismus“ präsentierte der renommierte Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx bei der Vorabendveranstaltung der Delegiertentagung seine Sicht auf die Zukunft der Arbeitswelt. Der Gründer des „Zukunftsinstituts“ analysierte in seinem Vortrag die Wechselwirkungen von sozialen, technologischen, ökonomischen und politischen Trends in Bezug auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten. Dabei thematisierte Horx, der seit 2007 als Dozent an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen Prognostik und Früherkennung lehrt und sich der Weiterentwicklung der „Futurologie“ zu einer Consulting-Disziplin widmet, auch generelle Überlegungen zu Entstehung wichtiger Trends: „Zukunft entsteht nicht linear, sondern immer aus einer Bewegung, aus einer Schleife heraus.“ Häufig entstehe aus einem Trend und einem Gegentrend schließlich ein Synthesetrend, der die weitere Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Als einen zentralen Trend für die zukünftige Arbeit in der Wissensgesellschaft arbeitete Horx die steigende Bedeutung der Kreativität heraus. Diese Entwicklung werde auch durch bestimmte Megatrends befördert: „Die Globalisierung hat die ökonomischen Prozesse massiv beeinflusst. Wir geraten in einen starken Innovationsdruck, weil auch der Rest der Welt unser Wohlstandsniveau erreichen will.“ Für die Zukunft der Menschheit insgesamt gab Horx eine grundsätzlich optimistische Prognose ab: „Kein ausgehender Rohstoff wird die Menschheit zurück in die Steinzeit katapultieren. Die Steinzeit ist auch nicht an einem Mangel an Steinen zu Ende gegangen.“



VAA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Kronisch, Tagungsleiter Dr. Roland Leroux und Vorstandsmitglied Dr. Wolfram Uzick (v. l.).

Fotos: Leuschner – VAA

Mit freundlichen Grüßen



CDU

Dr. Angela Merkel, CDU

Unser Land ist heute die führende Innovationsnation in Europa. Unser Wachstum ist eines der höchsten in Europa, die Arbeitslosenquote die zweitniedrigste und Deutschland das einzige Land der EU, in dem der öffentliche Gesamthaushalt die letzten zwei Jahre ohne zusätzliche Schulden ausgekommen ist. Gleichzeitig werden in Deutschland nahezu drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investiert. Damit erfüllen wir ein gemeinsames europäisches Ziel. Wir wollen diesen erfolgreichen Weg weiter fortsetzen und setzen dabei auch auf Sie, die leitenden Angestellten und Führungskräfte der deutschen Chemieindustrie.



SPD

Sigmar Gabriel, SPD

Unternehmen haben es in der Hand, Fachkräften attraktive Bedingungen zu bieten: durch angemessene Vergütung ihrer Arbeit, durch faire Verhältnisse am Arbeitsplatz und durch eine innovationsfreundliche Atmosphäre. Die Verbände spielen in diesem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eine wichtige Rolle. „Wirtschaftspolitik für den Menschen“ heißt auch, Sozialpartnerschaft und unternehmerische Verantwortung gleichermaßen zu stärken. Ihr Verband steht für das Leitbild verantwortungsbewusster Unternehmen. Ich bin Ihnen dankbar für Ihr öffentliches Bekenntnis zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa und Ihre Unterstützung beim Elterngeld Plus. Und noch eine andere Besonderheit zeichnet Ihre Unternehmen aus: Mit hocheffizienten Industrieanlagen und einem innovationsreichen Produktkatalog sind Sie wichtige Akteure für das Gelingen der Energiewende. Deshalb bitte ich Sie: Mischen Sie sich ein und gestalten Sie als Expertinnen und Experten unsere Gesellschaft mit!



Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen

Viele neue, innovative, klimafreundliche Produkte können nur mit Hilfe der chemischen Industrie entwickelt werden. Ich möchte es in aller Deutlichkeit sagen: Der Klimaschutz braucht Sie und Ihre Innovationen. Chemie kann helfen, Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu gestalten. Auch beim Recycling trägt die chemische Industrie entscheidend dazu bei, wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden wiederzugewinnen und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern. Die Potenziale zur Erhöhung der Energie- und der Materialeffizienz sind hoch.



DIE LINKE.

Katja Kipping, DIE LINKE

Gemeinsam mit Ihnen glauben wir, dass gute Arbeitsbedingungen, die Vermeidung von Stress am Arbeitsplatz und Arbeitszeiten, die eine Vereinbarkeit von Familie, Freizeitaktivitäten und Beruf ermöglichen, die großen Herausforderungen unserer Zeit sind. Um diese Herausforderungen anzugehen, braucht es mehr Mitbestimmung des Einzelnen und der Betriebsräte bei Fragen der Gestaltung der Arbeitsaufgabe und der Arbeitsorganisation, des Arbeitsumfeldes und bei der personellen Ausgestaltung des Arbeitsbereichs. Wir brauchen zudem eine Ausrichtung der Arbeitszeit an den Bedürfnissen der Beschäftigten. Es bedarf verbindlicher Ansprüche der Beschäftigten auf familiengerechte Arbeitszeiten; Arbeit und Privatleben müssen vereinbar sein.



Horst Seehofer, CSU

Die chemische Industrie ist Zukunft und hat Zukunft. Gerade aktuell wird uns wieder bewusst, welche besonderen Stärken Deutschland hat. Dazu zählt insbesondere die chemische Industrie als eine der traditionsreichsten Säulen, die seit Generationen zum Wohlstand und Erfolg Deutschlands beiträgt. Erfahrung und Kompetenz, Forschung und Entwicklung, ein enges Miteinander von Unternehmen, Hochschulen und Gesellschaft – unsere derart gewachsenen Strukturen sind erfolgreich und werden international bewundernd anerkannt.

PODIUMSDISKUSSION IN DRESDEN

Standort Sachsen stärken

Rund 50 Gäste aus Politik und Wirtschaft haben sich Mitte Mai in Dresden getroffen, um über Geschichte, Rahmenbedingungen, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Pharmabranche am traditionsreichen Standort Sachsen zu sprechen. Im Mittelpunkt der Diskussion mit sächsischen Landtagsabgeordneten: die Interessen der Chemie-Führungskräfte in den neuen Bundesländern.



Zum Thema „Großraum Dresden – Zentrum der mittelständischen chemisch-pharmazeutischen Industrie?“ debattierten: Prof. Thomas Beisswenger, Torsten Herbst, MdL FDP, Aline Fiedler, MdL CDU, Moderatorin Katharina Gerlach, Dr. Jana Pinka, MdL DIE LINKE, Prof. Claus Rüger, TU Dresden (v. l.).



In seinem Impulsvortrag am 15. Mai in Dresden umriss Professor Thomas Beisswenger die zahlreichen Herausforderungen wie die demografische Entwicklung, zunehmende Alterserkrankungen, Antibiotikaresistenzen, aufgrund derer die Pharmaindustrie eine der wichtigsten Zukunftsbranchen darstellt.

Nach der Podiumsdiskussion blieben zahlreiche Gäste bis in die späten Abendstunden zum Netzwerken im Hotel Elbflorenz in der Dresdner Altstadt. Fotos: Dehlis – VAA



AUF SICHTSRATSWAHLEN BEI MERCK

Erfolg auf ganzer Linie

Mit einem Paukenschlag sind die Aufsichtsratswahlen bei der Merck KGaA in Darmstadt zu Ende gegangen: VAA-Kandidaten konnten die Hälfte aller zur Wahl stehenden Sitze gewinnen.

Vier von acht Sitzen im neu gewählten Merck-Aufsichtsrat gingen an die Kandidaten des VAA. Während die Vorsitzende der Werksgruppe Merck Dr. Mechthild Auge erneut als eine von insgesamt fünf Arbeitnehmervertretern gewählt wurde, konnte Dr. Gabriele Eismann einen zusätzlichen Arbeitnehmersitz für den Verband erringen. „Es ist uns gelungen, unser Ergebnis im Vergleich zur letzten Aufsichtsratswahl zu verdoppeln“, so die frisch wiedergewählte Aufsichtsrätin Mechthild Auge. „Dieser Erfolg geht auf das Konto eines überzeugenden Konzeptes und auf die gute Teamarbeit des Wahlkampfteams.“ Das Kompliment gelte allen Beteiligten, sowohl vor Ort in Darmstadt als auch in der VAA-Kampagnenzentrale in Köln.

Erstmals ist es dem VAA zudem gelungen, einen der beiden Gewerkschaftssitze zu gewinnen. Der bisherige Vertreter der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat Dr. Karl Heinz Scheider konnte diesen Erfolg für sich verbuchen. Auf den freigewordenen, einzigen Sitz der Leitenden neu gewählt wurde mit dem Vorsitzenden des Sprecherausschusses bei Merck Dr. Dietmar Oeter ebenfalls der Kandidat des VAA.

„Ohne Übertreibung kann man bei den Aufsichtsratswahlen bei Merck von einem wirklich großartigen Ergebnis sprechen“, bestätigt der Stellvertretende Hauptgeschäftsführer des VAA Manfred Franke. Die hohen Erwartungen vonseiten des Kampagnenteams seien übertroffen worden. Franke koordiniert die Aufsichtsratsarbeit des Verbandes und steuert

Schon das Wahlplakat macht den Schwerpunkt der VAA-Kampagne zu den Aufsichtsratswahlen bei Merck deutlich: die richtige Mischung. Die Expertise aus den Geschäftsbereichen Pharma und Chemie zusätzlich zu den Funktionären aus Gewerkschaft und Betriebsrat hat die Wähler überzeugt. Fotos: MPI für Polymerforschung, Merck

ert die Wahlkampfaktivitäten für die Aufsichtsrats- und Betriebsratswahlen vonseiten der VAA-Geschäftsstelle. „Dank ihrer Kompetenz und ihres uner-

müdlischen Einsatzes haben die VAA-Kandidaten in Darmstadt auf ganzer Linie überzeugt. Dies zeigt: Engagement lohnt sich!“ ■

ERGEBNISSE DER BETRIEBSRATSWAHLEN

VAA baut Stellung aus

In den meisten Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind die Betriebsratswahlen 2014 bereits vorbei. Dabei zeichnet sich ein klarer Erfolgstrend für den VAA ab: Bei Redaktionsschluss standen für die VAA-Kandidaten 227 Mandate in 106 Betrieben zu Buche. Zur Erinnerung: Ende 2010 hatten Verbandsmitglieder insgesamt 213 Mandate in 118 Betrieben erringen.

„Wenn sich unsere Annahmen realisieren lassen, gehen wir diesmal von über 230 Mandaten aus“, schätzt der Stellvertretende VAA-Hauptgeschäftsführer Manfred Franke. „Damit hätten wir unsere Position in den Betrieben weiter gestärkt.“ Im VAA ist Franke verantwortlich für die Koordination der Betriebsratsarbeit und die Betreuung der Betriebsratswahlkampagne. Schon jetzt liege man mit den Ergebnissen merklich über der Planke des Vergleichszeitraums der letzten Betriebsratswahlen im Jahr 2010.

In derzeit 14 Betrieben ist der VAA erstmalig oder seit Langem wieder vertreten, so zum Beispiel bei der B. Braun Melsungen AG. Dort haben die VAA-Kandidaten aus dem Stand vier Mandate geholt. Gleiches ist dem Verband bei der Aurubis AG in Hamburg gelungen. Ebenfalls auf Anhieb hat der VAA drei Betriebsratsmandate in der Betriebsstätte Nord Ost der TÜV SÜD Chemie Service GmbH gewonnen.

Besonders hervorzuheben ist das Wahlergebnis bei der Deutz AG in Köln: Erstmals in diesem Metallbetrieb angetreten, hat der VAA direkt drei Mandate errungen. Auch bei der PricewaterhouseCoopers Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG in Düsseldorf konnten VAA-Kandidaten sofort drei Mandate gewinnen. „Das zeigt, dass der VAA auch branchenübergreifend eine starke Vertretung für AT-Angestellte bietet“, kommentiert VAA-Betriebsratsexperte Franke das Ergebnis in den „chemiefernen“ Betrieben.

Fest verwurzelt in Chemie und Pharma kann der VAA eine deutliche Steigerung in vielen Unternehmen seiner Stammbranche vermelden: Während die Mandatszählung bei der BASF SE von fünf auf sieben gewachsen ist,

stieg sie bei der Roche Diagnostics GmbH in Mannheim von drei auf vier und in Penzberg von vier auf sechs Mandate. Einen Anstieg von einem Mandat auf drei Mandate meldet die VAA-Liste bei der Wacker Chemie AG in Burghausen. In der Daiichi Sankyo Gruppe ist die Mandatszählung betriebsübergreifend von drei auf acht angestiegen, bei der Siemens AG in Frankfurt am Main von drei auf vier.

Seine Stellung ausgebaut hat der VAA im Heraeus Konzern: In den Standorten in Hanau und Leverkusen sicherten sich die Kandidaten insgesamt sieben Betriebsratssitze. Bemerkenswert dabei: Allein im Gemeinschaftsbetrieb Rhein Main gelang ein gewaltiger Sprung von einem Mandat auf nunmehr fünf Mandate. Einen Zuwachs um zwei auf jetzt drei Mandate gibt es unter anderem bei der Solvay Acetow GmbH in Freiburg. Dabei ist der Verband dort überhaupt erst seit 2010 vertreten.

Die Positivliste ließe sich noch weiter fortsetzen, meint Manfred Franke. Alles in allem seien die Wahlergebnisse ein Beleg für die hervorragende Arbeit der VAA-Betriebsräte in den Betrieben vor Ort. Auch der Vorsitzende der Kommission Betriebsräte Dr. Theodor Reuters (im Bild) bestätigt: „AT-Arbeit im Betriebsrat bringt einen echten Mehrwert und zahlt sich aus: sowohl für das Unternehmen als auch die Belegschaft als auch unseren Verband.“

Für die endgültige Analyse der Betriebsratswahlergebnisse werden Werkgruppen und Einzelmitglieder gebeten, die Resultate – soweit noch nicht geschehen – an die VAA-Geschäftsstelle in Köln unter der E-Mail-Adresse claudia.klein@vaa.de zu melden. ■



Foto: Wim Woerber – VAA

VERSICHERUNGSPFLICHT

Rentenversicherung ändert Befreiungspraxis

Mitglieder der sogenannten verkammerten Berufe – dazu gehören Apotheker, Mediziner, Architekten und Juristen – sind verpflichtet, Beiträge an das jeweilige Versorgungswerk ihres Berufsstandes abzuführen und erhalten dafür entsprechende Rentenanwartschaften. Unter bestimmten Voraussetzungen entfällt dann die Pflichtmitgliedschaft in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Nun hat die Deutsche Rentenversicherung Bund ihre Befreiungspraxis geändert und damit die Befreiung vieler Apotheker und Mediziner in der chemischen Industrie von der Versicherungspflicht infrage gestellt.

Bereits Ende 2011 hatte die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) im Rahmen einer Betriebsprüfung bei einem Pharmabetrieb festgestellt, dass die dort beschäftigten Apotheker aus ihrer Sicht nicht die für die Befreiung von der Gesetzlichen Rentenversicherung erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die DRV begründete dies im Wesentlichen damit, dass eine zur Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht berechtigte berufsspezifische Beschäftigung nur dann in Betracht komme, wenn die Approbation als Apotheker objektiv unabdingbare Voraussetzung für die fragliche Tätigkeit ist. Die gerichtliche Auseinandersetzung darüber vor den Sozialgerichten dauert noch an.

Hiervon unabhängig hat das Bundessozialgericht (BSG) in einer Entscheidung vom 31. Oktober 2012 (Aktenzeichen: B 12 R 3/11 R) klargestellt, dass die einmal ausgesprochene Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht nicht auf Dauer erfolgt, sondern nur für die jeweilige Tätigkeit gilt, für die sie beantragt wurde. Bei jedem Wechsel der Tätigkeit ist daher ein neuer Befreiungsantrag bei der DRV zu stellen, wobei der Antrag binnen drei Monaten nach dem Tätigkeitswechsel gestellt werden muss. Andernfalls ist eine erneute Befreiung nur noch ab dem Zeitpunkt der Antragstellung wirksam, unabhängig davon, ob die materiellen Befreiungsvoraussetzungen bereits zuvor vorgelegen haben.

Als Umsetzung des BSG-Urteils hat die DRV im Januar 2014 auf ihrer Homepage



Durch die geänderte Befreiungspraxis steht die Befreiung vieler Apotheker und Mediziner in der chemischen Industrie von der Rentenversicherungspflicht infrage. Foto: Merck

eine sogenannte „Vertrauensschutzregelung“ veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass für jede nach dem 31. Oktober 2012 neu aufgenommene Beschäftigung ein neuer Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht gestellt werden muss.

Außerdem beschreibt die Mitteilung die Vorgehensweise bei Beschäftigungen, die vor diesem Stichtag aufgenommen wurden. Besonders bedeutsam sind die Aussagen über Arbeitnehmer, die in der Vergangenheit zwar für die Ausübung einer klassischen berufsspezifischen Tätigkeit befreit worden waren, in der Zwischenzeit aber die Beschäftigung gewechselt haben, ohne eine neue Befreiung beantragt zu haben, also nicht im Besitz einer aktuell gültigen Befreiung sind. In diesen Fällen weist die DRV den jeweiligen Arbeitgeber bei Betriebsprüfungen darauf hin, dass bei der nächsten Betriebsprüfung eine neue Befreiung vorgelegt werden müsse.

Als Reaktion auf diese Praxis fordern die Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmer nun vermehrt auf, sofort neue Befreiungsanträge zu stellen. Wird ein solcher Antrag abgelehnt, weil der Arbeitnehmer in den letzten Jahren aus Sicht der DRV keine befähigende Tätigkeit ausgeübt hat, muss der Arbeitgeber für bis zu vier Jahre Beiträge an die Rentenversicherung nachentrichten. Der Verjährungszeitraum wird kalenderjährlich berechnet und umfasst bei einer im Jahr 2014 abgelehnten Befreiung das angefangene Jahr 2014 sowie die Jahre 2010 bis 2013.

Wer von seinem Arbeitgeber aufgefordert wird, die Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung neu zu beantragen, sollte dem nachkommen. Gegen negative Bescheide können Arbeitnehmer bei den Sozialgerichten vorgehen. VAA-Mitglieder können dabei die besondere Expertise der VAA-Juristen beim Befreiungsrecht in Anspruch nehmen. ■

Renteneintrittsalter: Reformen zeigen Wirkung



Rentenpolitik: Einfluss heißt Verantwortung

Es gibt nicht viele Bereiche, in denen sich politische Entscheidungen so direkt und spürbar auf das Arbeitsleben auswirken, wie es in der Rentenpolitik der Fall ist. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die gesetzliche Regelaltersgrenze. Am Verlauf des durchschnittlichen Zugangsalters in die gesetzliche Altersrente seit dem Jahr 2000 lässt sich dieser Einfluss ablesen. So wurde beispielsweise der Weg in die vorzeitige Rente durch die Verkürzung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes im Rahmen der Hartz-Gesetze 2006 und 2008 deutlich erschwert. Auch die schrittweise Anhebung des Regelrentenalters auf 67 Jahre entfaltet bereits ihre Wirkung. Eine aktuelle Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung in Berlin zeigt: Rentenreformen haben erheblichen Einfluss auf das Verhalten der Menschen beim Renteneintritt. Das ist für Rentenpolitiker sicherlich einerseits ein Grund zur Freude: Denn bestimmt wünschen sie sich bei ihren politischen Ent-

scheidungen, dass diese auch Wirkung zeigen. Dieser direkte Einfluss bedeutet aber auch, dass die Politik mit den Instrumenten der Rentenpolitik besonders verantwortungsvoll umgehen muss! Und gerade diesem Anspruch wird die Rente mit 63 nicht gerecht. Die volkswirtschaftliche Fragwürdigkeit dieses Vorhabens haben die „Wirtschaftsweisen“ unlängst in ihrem Frühjahrgutachten aufgezeigt.

Dass es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nicht sinnvoll sein kann, die mühsam errungene Abkehr von der Frühverrentungspolitik durch ein gegenteiliges Signal in Frage zu stellen, liegt auf der Hand. Bleibt der Aspekt der Gerechtigkeit, der von den Befürwortern der Rente mit 63 immer wieder ins Feld geführt wird: Von der Möglichkeit zum abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren werden vor allem ohnehin gut verdienende Facharbeiter profitieren. Die-

Zwischenruf

Foto: VAA

Dr. Thomas Fischer
ist 1. Vorsitzender des VAA.

jenigen Arbeitnehmer, die durch ihre körperlich anspruchsvollen Berufsbilder nur selten auf 45 Beitragsjahre kommen und häufig Erwerbsminderungsrenten in Anspruch nehmen müssen, profitieren hingegen kaum von dieser Rentenreform. Auch die Generationengerechtigkeit bleibt außen vor, denn mittelfristig wird die Rente mit 63 die Beitragssätze stärker steigen lassen. Im Ergebnis bleibt also festzuhalten: Das Rentenpaket der Großen Koalition ist weder ökonomisch sinnvoll noch ist es gerecht. ■

Ihr Verbandsreisebüro

jetzt in der „Villa Reisen“.

Fragen Sie nach unseren exklusiven
Sonderkonditionen für VAA-Mitglieder.

Buchen Sie Ihren Urlaub mit exklusiven
Sonderkonditionen für VAA-Mitglieder
telefonisch, per E-Mail oder besuchen
Sie uns in der „Villa Reisen“.



Ihre persönlichen Ansprechpartner



Sandra Rademacher
+49 2191 9288-238
rademacher@merkana.de



Claudia Peter
+49 2191 9288-242
peter@merkana.de



Nina Motte
+49 2191 9288-246
motte@merkana.de



Marion Bleckmann
+49 2191 9288-232
gruppen@merkana.de

Merkana – Ihr Verbandsreisebüro

Thüringsberg 20
42897 Remscheid

vaa@merkana.de
www.merkanareisen.de

Tel.: +49 2191 9288-0
Fax: +49 2191 9288-231

INTERVIEW MIT PROFESSOR HOLGER GÖRG

Globalisierung: Deutschland profitiert

Die Globalisierung gilt als einer der entscheidenden Megatrends der Gegenwart. Aber welche volkswirtschaftlichen Mechanismen verbergen sich hinter diesem Phänomen? Und wie wirkt sich die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft auf die deutsche Wirtschaft aus? Das VAA Magazin sprach darüber mit Professor Holger Görg, Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Arbeitsteilung“ am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

VAA Magazin: Globalisierung ist als Begriff in aller Munde. Was sich aber genau dahinter verbirgt, bleibt häufig unklar. Wie wird das Phänomen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht definiert?

Görg: Der Begriff „Globalisierung“ wird in der Tat sehr häufig und mit unterschiedlichen Bedeutungen benutzt. Aus wissenschaftlicher, aber auch aus unternehmerischer Sicht bedeutet Globalisierung zunächst einmal die wachsende und immer wichtiger werdende Verflechtung von internationalen Beziehungen. Es geht dabei um internationalen Handel, internationale Kapitalflüsse, Migration und auch um den Transfer von Wissen. Also die zunehmende internationale Vernetzung von Personen, Unternehmen und Staaten.

VAA Magazin: Wie wirkt sich die Globalisierung der Weltwirtschaft auf die deutsche Wirtschaft aus? Sind wir eher Gewinner oder Verlierer?

Görg: Generell ist Deutschland natürlich ein Land, das sehr stark in der Globalisierung drin steckt. Die deutsche Wirtschaft ist sehr exportintensiv, wir importieren aber auch sehr viele Vorleistungen, Dienstleistungen und Güter aus anderen Ländern. Aber auch was den Austausch von Wissen angeht, sind wir international sehr stark verflochten. Deutschland ist also ganz gewiss eines der Länder, die von der Globalisierung profitieren. Denken Sie an die Finanzkrise, die einige Länder stark getroffen hat. Deutschland hat gut dagestanden. Dafür gibt es natürlich viele Faktoren, aber zu einem Teil ist das sicherlich der internationalen Vernetzung und der Exportstärke zu verdanken.

VAA Magazin: Welche wirtschaftlichen Mechanismen verbergen sich hinter diesen Globalisierungsvorteilen?

Görg: Grundsätzlich ist die Idee ganz einfach: Es geht bei der Globalisierung darum, dass sich Unternehmen, die in einem bestimmten Land produzieren, auf das spezialisieren, was sie besonders gut können. Gleichzeitig werden andere Aspekte, die für die Produktion ebenfalls wichtig sind, in andere Länder ausgelagert, in denen diese Aspekte besser gemacht werden können. In Deutschland geht der Trend eindeutig hin zu forschungs- und entwicklungsintensiven Produkten, aber auch zu Dienstleistungen.

Das relativ einfache „Zusammenschrauben“ wird immer mehr in andere Länder verlagert. Nehmen wir das Beispiel Deutschland und China: Deutschland hat die Voraussetzungen bei der Infrastruktur und bei der Beschäftigungsstruktur, um forschungsintensive Produkte herstellen zu können. China hat jedenfalls im Moment noch den großen Vorteil, dass es dort billige Arbeitskräfte gibt. Dann ist es natürlich sinnvoll, dass die arbeitsintensiven Stufen der Produktion dorthin verlagert werden. Das ist für die chinesische Volkswirtschaft gut, die sich darauf spezialisieren kann, und das ist für die deutsche Volkswirtschaft gut, die sich auf die forschungsintensiven Aspekte der Produktion konzentrieren kann. Das ist jedenfalls die Theorie und in der Praxis sieht man zumindest die klare Tendenz dazu.

VAA Magazin: Was geschieht, wenn die jetzigen Schwellenländer technologisch aufholen?

Görg: Natürlich stellen Länder wie China, Brasilien oder Indien inzwischen auch höherwertige Produkte her und investieren mehr in Forschung und Entwicklung. Sie klettern sozusagen die Leiter der Produktqualität langsam nach oben. Das hat auch Implikationen für Länder wie Deutschland. Bislang ist diese Entwicklung aber noch auf einem sehr niedrigen Niveau und es ist für die Schwellenländer auch nicht ohne Probleme, dabei weiterzukommen. Deutschland operiert nach wie vor an der Technology Frontier, also der Grenze dessen, was technologisch möglich ist. Die Herausforderung für unser Land und die hier ansässigen Un-



Foto: privat

Prof. Holger
Görg

ist Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Arbeitsteilung“ am Institut für Weltwirtschaft in Kiel und Professor für Außenwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

ternehmen ist es, dort zu bleiben. Also weiterhin hochwertige Forschung und Entwicklung zu leisten, neue Innovationen zu entwickeln und diese auf den Markt zu bringen.

VAA Magazin: Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die industriepolitischen Rahmenbedingungen für die Standortentscheidungen von Unternehmen?

Görg: Wenn man sich eine Volkswirtschaft generell und die Standortentscheidungen von Unternehmen anschaut, sind dabei hauptsächlich die wirtschaftlichen Grundfaktoren ausschlaggebend. Es muss eine gute Infrastruktur geben, man muss in diesem Land ohne Risiko arbeiten können und es muss gut ausgebildete Beschäftigte geben. Wenn diese fundamentalen Faktoren da sind und sich ein Land dadurch abhebt, dass es vielleicht zusätzlich eine gute Forschungsförderung hat, kann das natürlich ein Bonus sein. Auf der Ebene der Gesamtwirtschaft ist das aus meiner Sicht aber eher das Tüpfelchen auf dem i. Für einzelne Unternehmen können solche Faktoren allerdings durchaus ausschlaggebend sein.

VAA Magazin: Welchen Beitrag kann die Wirtschaftspolitik dazu leisten, dass Deutschland weiterhin zu den Gewinnern der Globalisierung gehört?

Görg: Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen und Personen an der Globalisierung teilnehmen können. In der Finanzkrise hat sich die deutsche Bundesregierung zu Recht nicht allzu sehr von Forderungen in Richtung Protektionismus treiben lassen. In anderen Ländern wurden da teilweise deutlich mehr Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen. Unternehmen müssen frei und ohne große Probleme investieren und importieren können, sich im Ausland niederlassen und wieder zurückkommen können.

VAA Magazin: Werden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung im Hinblick auf die Globalisierung für den Standort Deutschland zum Problem?

Görg: Problem würde ich es nicht nennen, aber die Beschäftigungsstruktur ist eben einer dieser fundamentalen Faktoren, die

ich schon angesprochen habe. Wenn sich an dieser Struktur etwas zum Negativen hin ändert, hat das natürlich gerade in einer globalisierten Volkswirtschaft Auswirkungen. Wenn es die hochqualifizierten Beschäftigten, die forschen und entwickeln können, in Deutschland nicht mehr in ausreichender Zahl gibt, stellt sich für Unternehmen die Frage, ob sie etwas anderes herstellen, weil sie international nicht mehr wettbewerbsfähig sind, oder ob sie diese Stufen der Produktion im Ausland ansiedeln.

Es gibt inzwischen sicherlich in einem gewissen Maße einen Fachkräftemangel, aber zumindest im Moment ist das aus meiner Sicht noch kein großes Problem. Längerfristig könnte es durch den demografischen Wandel aber ein Problem werden. Das ist allerdings insofern schwierig zu prognostizieren, weil es dabei auch darauf ankommt, wie ein Land mit Migration umgeht. Denn Arbeitskräfte kann man ja bekanntermaßen nicht nur aus der einheimischen Bevölkerung rekrutieren, sondern man kann sie auch aus dem Ausland „herlocken“. ■



Personalia

Mit freundlicher Unterstützung von

CHEManager

BASF: Dirk Mampe leitet Personal Care Specialties

Als Vice President der BASF-Geschäftseinheit Personal Care Europe wurde zum 1. Mai Dirk Mampe (42) berufen. In seiner Position verantwortet er das regionale Business Management für Personal Care Specialties und ist damit für die Steuerung von Marketing, Produktmanagement und Vertrieb zuständig. Mampe folgt auf Thomas Schröder, der als Senior Vice President die Leitung der regionalen Geschäftseinheit Nutrition & Health Europe im Geschäftsbereich Nutrition & Health übernimmt. Mampe ist promovierter Chemiker und kennt das Personal-Care-Geschäft aus zehn Jahren bei Cognis in verschiedenen Positionen. Seit der Akquisition im Jahr 2010 ist Dirk Mampe bei der BASF beschäftigt.

Merck: Marcus Kuhnert als Group CFO

Marcus Kuhnert (45) wird zum 1. August 2014 als persönlich haftender Gesellschafter in die Geschäftsleitung des Pharma- und Chemieunternehmens Merck berufen und als Group CFO das Finanzressort übernehmen. Kuhnert tritt bei Merck die Nachfolge von Matthias Zachert an, der am 1. April das Amt des Vorstandsvorsitzenden bei Lanxess übernommen hat. Marcus Kuhnert ist seit 2010 CFO der Division Laundry & Home Care (Wasch-/Reinigungsmittel) von Henkel. 1968 in Chicago geboren, begann er 1999 nach dem Studium des Wirtschaftsingenieurwesens und der Promotion an der TU Darmstadt seine Karriere bei Henkel als Corporate Controller, wechselte zu Investor Relations und leitete ab 2003 den Bereich Konzernabschlüsse und Beteiligungscontrolling. Ab 2007 arbeitete Kuhnert in Singapur als Regionalleiter für die Klebstoff-Division und war dort wesentlich an der Integration der größten Akquisition in der Geschichte von Henkel beteiligt. Im Jahr 2008 übernahm er die Verantwortung für das CEO-Office und die Leitung der Strategieentwicklung sowie 2009 als Interimslösung auch die Unternehmenskommunikation.

Evonik: Norbert Westerholt an der Spitze von Baby Care

Zum 1. Mai 2014 hat Norbert Westerholt die Führung des Geschäftsgebietes Baby Care bei Evonik übernommen. Westerholt trat 1997 in den Konzern ein und übernahm nach erfolgreicher fünfjähriger Führung des Geschäftes Oil Additives 2013 die Leitung eines Portfolio-Development-Projekts im Bereich Coatings & Additives. Westerholt soll das zukunftsfähige Geschäftsmodell mit Superabsorbent weiter ausbauen.



Foto: Evonik

WeylChem: Marcel Ijland ist Global Director CM&T

Die Position des Global Director Sales and Marketing Custom Manufacturing and Tolling (CM&T) bei WeylChem International hat seit dem 1. Mai Marcel Ijland inne. Er ist für alle Sales- und Marketing-Aktivitäten der WeylChem im Geschäftsbereich CM&T verantwortlich. Ijland hat mehr als 20 Jahre Berufserfahrung in der Chemiebranche. Zuletzt war er Global Sales Director bei Chemtura und verantwortlich für den Geschäftsbereich Flammenschutz-Produkte, Bromine & Bromderivate sowie Organometallics.

Weitere Personalia-Meldungen unter www.CHEManager-online.com/tags/personen.

Für ein neues VAA-Mitglied bekommen Sie ein Jahresabo:

■ DIE WELT DIGITAL Plus WELT am SONNTAG

(Wert: 179,88 EUR)

Alternativ können Sie natürlich auch einen Gutschein von Aral, Amazon, Douglas oder Karstadt wählen (Wert: 25 EUR).

Die Aktion gilt
vom 01.03.2014
bis 31.08.2014!

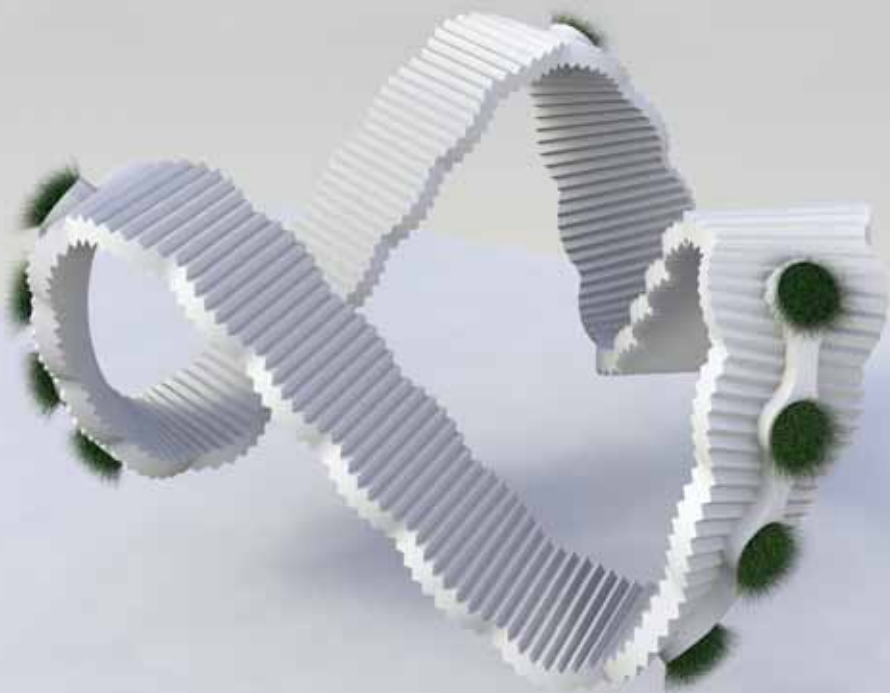
DIE WELT gehört denen, die das VAA-Netzwerk stärken – jetzt auch DIGITAL!



- Die schnellste Nachrichten-App der WELT!
- Die wichtigsten Ereignisse aus Politik, Wirtschaft und Sport
- Nachrichten-Alerts für persönlichen Top-Themen
- Sportthemen mit minutenaktuellem Liveticker
- Artikel können auf einer Pinnwand gespeichert und später gelesen werden
- Offline-Modus: Alle Artikel auch ohne Internetzugang lesen
- Ob Smartphone oder Tablet, ob iOS, Android oder BlackBerry: DIE WELT funktioniert auf allen Plattformen!

So geht's:

www.vaa.de → Mitgliederbereich → Netzwerk → Vergünstigungen



Dreifach verdreht: Molekül à la Möbius

Dreidimensional und dennoch einseitig: Möbiusbänder sind in sich verdrehte Gebilde, bei denen man nicht zwischen Vorder- und Rückseite unterscheiden kann. Einem internationalen Forscherteam unter Leitung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) ist es nun gelungen, das weltweit erste dreifach verdrehte Molekül zu bauen. Wie die Wissenschaftler um den Kieler Chemieprofessor Rainer Herges im Fachjournal „Nature Chemistry“ berichten, nutzten sie für das Experiment einen topologischen Trick: Sie verwendeten drei spiralförmige Bausteine, die Ähnlichkeit mit der DNA-Helix haben. Anders als verdrehte Bausteine sind die helixförmigen Moleküle stabil. Da sich ihr Drehsinn jedoch unterscheidet, ließen sich Bild und Spiegelbild der Moleküle nicht so einfach zur Deckung bringen. Es brauchte einige Anläufe, um die gewundenen Einheiten letztlich zu einem Möbiusmolekül zu verbinden. Im Bild ist das Kieler Molekül als Treppenkonstrukt künstlerisch dargestellt. Interessant könnte das Ergebnis vor allem für den Bau von Komponenten für die molekulare Elektronik und die Optoelektronik sein. Als Speichereinheit in Quantencomputern würden Quantenbits à la Möbius Informationen als topologische Zustände „unverdreht“ und „verdreht“ darstellen.

Foto: Herges – CAU Kiel

IAB-Studie: Männerberufen im Westen fehlen die Frauen

60 Prozent aller in den alten Bundesländern beschäftigten Frauen arbeiten in traditionell weiblich dominierten Berufen, so eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Demnach habe sich die berufliche Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt im Westen Deutschlands nur wenig verändert. Gleiches gelte – entsprechend umgekehrt – für Männer, die sogar zu zwei Dritteln in sogenannten Männerberufen tätig sind.

Als einseitig geschlechterdominiert klassifizieren die IAB-Wissenschaftler dabei

Berufe mit einem Mehrheitsgeschlechtsanteil von mindestens 70 Prozent. Während beispielsweise Arzthelfer oder Erzieher zu mehr als 90 Prozent weiblich sind, gelten technische und verarbeitende Berufe wie KFZ-Mechaniker, Chemiebetriebswerker, aber auch Führungspositionen wie Geschäftsführer oder Unternehmer nach wie vor als typische „Männerberufe“. Zu den geschlechtergemischten Berufen zählen hauptsächlich kaufmännische und gastronomische Berufe.

Seit Mitte der 1970er Jahre ist der Anteil der Frauen in „Frauenberufen“ nur um rund vier Prozent gesunken. Der Männer-

anteil in „Männerberufen“ ist dagegen um immerhin acht Prozent zurückgegangen. Eine entscheidende Rolle spielt nach Meinung der Arbeitsmarktforscher das Qualifikationsniveau. So ist der Frauenanteil in mittelqualifizierten Berufen um sieben, in hochqualifizierten Berufen um neun und in akademischen Berufen um ganze 16 Prozentpunkte gestiegen.

Die auf Längsschnittdaten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Westdeutschland zwischen 1976 und 2010 basierende IAB-Untersuchung ist unter <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0914.pdf> frei im Internet abrufbar.

Nanooptischer Baukasten für LEDs

Aus Chalkogen-Elementen bestehende chemische Verbindungen kommen künftig auch als nanooptische Bauelemente für LEDs, Laser oder Solarzellen infrage. Wissenschaftler der University of California und des Lawrence Berkeley National Lab haben eine sogenannte Heteroverbindung aus zwei unterschiedlichen Chalkogeniden hergestellt. Die Probe bestand aus einer einatomaren Lage aus Wolframselenid, die auf Molybdänsulfid aufgebracht war. Auf der Infoplattform nanotechweb.org berichten die Forscher über die elektronische Kopplung beider Schichten. Mithilfe einer lokalen Röntgen-Fotoemissionsspektroskopie des SPEEM-Mikroskops am Elektronenspeicherring BESSY II des Helmholtz-Zentrums Berlin (HZB) konnten sie den Ladungstransfer mit einem elektrischen Potenzial von bis zu 400 Millielektronenvolt beobachten.

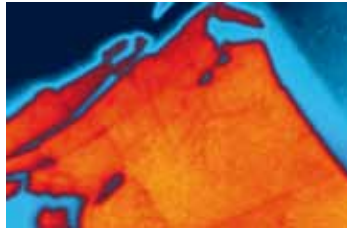


Foto: Kronast – HZB

ölförderung elektromagnetisch bewerten

Angesichts des Ressourcenmangels wird die Fördereffizienz bei fossilen Rohstoffen wie Erdöl immer wichtiger. Doch in den meisten Erdöllagerstätten bleibt mehr als die Hälfte des schwarzen Golds ungefördert. Deshalb wollen Wissenschaftler vom Deutschen GeoForschungsZentrum GFZ und Wintershall in einem gemeinsamen Forschungsprojekt den in einer Lagerstätte verbliebenen Ölanteil mit einer neuen elektromagnetisch-geophysikalischen Methode prüfen: Bei der Controlled-Source-Electromagnetic-Method (CSEM) wird kurzzeitig Wechselstrom mit niedriger Frequenz in den Boden geleitet. Dadurch entstehen elektromagnetische Felder im Untergrund, deren Signale von passiven Empfängern gemessen werden. So kann die elektrische Leitfähigkeit des Untergrunds bestimmt werden, da Erdöl und Salzwasser unterschiedliche elektrische Leitfähigkeiten aufweisen. Je höher die Leitfähigkeit ist, desto mehr Salzwasser – und desto weniger Öl – befindet sich im Untergrund. Im Laufe der Förderung müsste die Leitfähigkeit also stetig zunehmen. CSEM erlaubt nun die kontinuierliche Messung von Veränderungen, zunächst in einem Feldtest am Erdölfeld Bockstedt in Niedersachsen.

Aufsichtsratswahlen: Erfolgskurs fortgesetzt

In den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind die Aufsichtsratswahlen weitgehend abgeschlossen. Dabei haben die VAA-Kandidaten ihren Erfolgskurs fortgesetzt: So sind bei der Bayer Pharma AG Dr. Claus Rau als neuer Vertreter der leitenden Angestellten und Frank Fulbrecht als neuer Gewerkschaftsvertreter gewählt worden. Bei der maxingvest AG konnte Prof. Manuela Rousseau erneut den Sitz der Leitenden erringen.

Siliziumkarbid ersetzt Metall bei Spiegeln



Foto: Fraunhofer IPT

Immer häufiger dient Siliziumkarbid als Ersatz für Metall und Glaskeramik, etwa bei Präzisionskomponenten wie Spiegeln. Nun hat das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnologie IPT einen besonders leichtgewichtigen Siliziumkarbidspiegel entwickelt. Dabei wurde gemeinsam mit Industriepartnern die gesamte Prozesskette zur Fertigung aufeinander abgestimmt. So konnte die erforderliche hohe Formgenauigkeit bereits vor der Beschichtung erreicht werden, um die Schichtdicke für die Endbearbeitung zu reduzieren.

Sprecherausschüsse: Wahlbeteiligung hoch

Am 31. Mai sind die Sprecherausschusswahlen zu Ende gegangen: Zum Redaktionsschluss lagen Wahlergebnisse aus 75 Unternehmen und Betrieben vor. Nach vorläufiger Auswertung lag die Wahlbeteiligung mit durchschnittlich 72,4 Prozent etwas über dem Niveau der letzten Wahl 2010. So betrug die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Bayer-Gesellschaften 72 Prozent. Mit jeweils 76 und 78 Prozent fiel die Wahlbeteiligung im Wacker-Konzern sowie in den Sprecherausschüssen des Evonik-Konzerns sogar noch höher aus. Unternehmensübergreifend sind 87 Prozent der Sprecherausschussmitglieder zugleich VAA-Mitglieder. Langsam, aber kontinuierlich wächst der mit 15 Prozent immer noch ausbaufähige Anteil der weiblichen Sprecherausschussmitglieder. Der VAA bittet alle Sprecherausschüsse in einem kurzen Fragebogen um die Mitteilung der Ergebnisse. Fragebögen können in der Kölner Geschäftsstelle bei Claudia Klein unter claudia.klein@vaa.de angefordert werden.

Buchtipps: Zeit für Veränderungen!

Wer bin ich? Was kann ich? Was will ich? Bei der beruflichen und persönlichen Standortbestimmung spielen diese drei Fragen eine zentrale Rolle. In ihrem neuen Buch „**Zeit für Veränderungen! Berufung und Beruf im Einklang**“ liefern Anselm Grün und Stefan Müller passende Antworten. Die Autoren helfen dabei, innewohnende und in den persönlichen Erfahrungen der bisherigen Lebensspur die eigenen, manchmal verborgenen Talente zu entdecken. Besondere Beachtung findet auch der Wunsch nach einer beruflichen Neuorientierung. Anselm Grün ist Mönch der Abtei Münsterschwarzach und Deutschlands bekanntester spiritueller Bestsellerautor. Stefan Müller ist Kooperationspartner des VAA und berät in den Bereichen Personalauswahl und -entwicklung sowie Laufbahn- und Karriereplanung. Erhältlich ist das 144 Seiten starke Buch im Vier-Türme-Verlag (ISBN 978-3-89680-912-4).

Nachrichten aus Forum F3



Aktuelle Termine

Stressmanagement

Mit den „Forum-F3-Salons“ im ULA-Parlamentsbüro bietet Forum F3 seinen Mitgliedern eine Netzwerkmöglichkeit in der Hauptstadtregion. Den Auftakt bildet eine Vortrags und Diskussionsveranstaltung zum Stressmanagement. Unter dem Motto „Leistungsfähigkeit und Gesundheit erhalten“ wird Business-Coach Günter Balmes einen Einblick in die verschiedenen Faktoren der Stressentstehung geben. Die Teilnehmer lernen, ihre persönlichen Stressoren und Stressverstärker zu erkennen und Strategien zur Stressbewältigung zu entwickeln.

Wann? Am 2. Juli 2014.

Wo? Im ULA-Parlamentsbüro Berlin-Mitte (Marienstraße 30, 10117 Berlin).

Mensch Führungskraft!

Als erfahrener Managementtrainer wird Johannes Schmeer die Teilnehmer des Salons „Mensch Führungskraft! Hochs und Tiefs, Möglichkeiten und Grenzen, Lust und Frust“ mit den inneren Ressourcen bekannt machen: Gedanken, Körper, Emotionen, Bewusstsein und Unterbewusstsein.

Wann? Am 6. Oktober 2014.

Wo? Im ULA-Parlamentsbüro.

Interessenten und Mitglieder von Forum F3 oder VAA können kostenlos an den beiden F3-Salons teilnehmen. Um eine verbindliche Anmeldung per E-Mail an info@forum-f3.de oder Telefon unter 030 3069630 wird gebeten.

Nano statt Keramik

Was haben Keramikvasen und Batterieelektroden gemeinsam? Ihre Eigenschaften erhalten sie erst bei sehr hohen Temperaturen. Aus diesem Grund nutzen Chemiker am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Brennöfen einer Keramikmanufaktur für die Herstellung von maßgeschneiderten Kunststoffmolekülen. Daraus werden Prototypen nanostrukturierter Kohlenstoffmaterialien entwickelt, die sich für Batterieelektroden oder Katalysatoren eignen. In den Öfen entstehen aus der Pyrolyse von Kunststoffen nano- und mikrometergroße Strukturen (Foto). Dabei werden die Polymere in Vakuumbehältern bei über 800 Grad Celsius zu Kohlenstoff zersetzt. Die dicken Ofenwände garantieren eine gleichbleibende Temperatur, die auch für das Ergebnis der chemischen Prozesse beim Brennen und Glasieren von Vasen und Fliesen entscheidend ist.

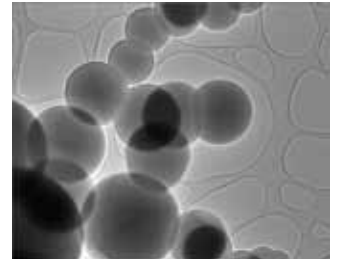


Foto: A. P. Vogt – KIT

Fachkräftemangel bedroht Chemiestandort

Bis 2020 werden der Chemieindustrie in Deutschland mehr als 15.000 Fachkräfte fehlen. Dies ist das Ergebnis einer bundesweiten Studie der BWA Akademie unter Personalverantwortlichen der Branche. Während 41 Prozent der Befragten von einem künftigen chemiespezifischen Fachkräftemangel sprechen, gehen ebenso viele Umfrageteilnehmer von einem noch größeren Mangel mit bis zu 25.000 unbesetzten Fachstellen aus. Zurzeit ist laut BWA-Studie für 73 Prozent der Chemieunternehmen zwar noch kein nennenswertes Fachkräftedefizit zu verzeichnen, aber schon für das Jahr 2020 rechnen 79 Prozent mit einem erheblichen Expertenschwund. Laut BWA-Geschäftsführer Harald Müller führen sinkende Bewerberzahlen und die demografische Entwicklung dazu, dass immer mehr Bewerbungen nicht auf das ausgeschriebene Anforderungsprofil passen. So verfügen viele Bewerber nicht mehr über die nötige Fachkompetenz. Immer öfter komme es Müller zufolge in der chemischen Industrie sogar vor, dass für einzelne ausgeschriebene Positionen überhaupt keine Bewerbungen mehr eingehen. Damit belegt der BWA-Report die Ergebnisse der Demografiestudie des Europäischen Führungskräfteverbands Chemie FECCIA aus dem Jahr 2010.

Weichmacher aus Bioethanol

Neben pflanzlichen Fetten und Ölen ist Ethanol in Deutschland das mengenmäßig bedeutendste Erzeugnis aus nachwachsenden Rohstoffen. Nun hat das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT ein Verfahren entwickelt, das höhere Alkohole mit drei bis zehn Kohlenstoffatomen aus biobasierten kurzkettigen Alkoholen mit ein bis zwei Kohlenstoffatomen wie Methanol und Ethanol zugänglich macht. Reagieren etwa Butanol oder Hexanol mit durch Fermentation hergestellten Säuren, zum Beispiel Bernstein- oder Citronensäure, entstehen als neue Verbindungen zu 100 Prozent biobasierte Ester. Diese können unter anderem als Weichmacher in Polymeren verwendet werden.

VAA-Dienstwagenrechner veröffentlicht



Foto: J. Mala – Pixelio

Ab sofort bietet der VAA seinen Mitgliedern einen neuen Service an: Der VAA-Dienstwagenrechner gibt Orientierung, welche Nettokosten nach drei Jahren Laufzeit für einen Dienstwagen im Vergleich zu einer privaten Neuanschaffung anfallen. Unter www.vaa.de/publikationen/vaa-dienstwagenrechner können eingeloggte VAA-Mitglieder den Dienstwagenrechner als Excel-Tabelle herunterladen.



Foto: Gyarmaty – ULA

SPRECHERAUSSCHUSSTAG IN BERLIN

Digitales Zeitalter: Karriere auch ab 50?

Zu den Schwerpunktthemen des ULA-Sprecherausschusstags 2014 gehörten die Digitalisierung der Wirtschaft, die Karriere ab 50 und die Energiewende.

Bis auf den letzten Platz belegt war der Eichensaal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in Berlin: Über 50 Mitglieder von Sprecherausschüssen haben die Veranstaltung am 22. und 23. Mai genutzt, um sich bereits kurz nach Abschluss der Sprecherausschusswahlen über wichtige Zukunftsthemen zu informieren. Dabei vernetzten sich die Teilnehmer über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg und tauschten Erfahrungen aus.

Gegenstand der jeweils ersten Wortbeiträge an beiden Tagen war die Energiepolitik. Dr. Dorothee Mühl, Leiterin der Unterabteilung „Strom“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, stellte den aktuel-

len Entwurf der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der diesbezüglichen Ausnahmeregelungen für stromintensive Unternehmen vor. Der Geschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie Norbert Theis zog am Folgetag eine gemischte Reformbilanz aus der Perspektive der Chemie. Eine erforderliche Bremsung des Ausbaus erneuerbarer Energien und eine wirkungsvolle Kostenbremse bleiben aus seiner Sicht aus.

Den Leitvortrag zum Thema „Digitalisierung der Wirtschaft“ hielt Professor Eckard Minx, Vorsitzender des Vorstands bei der Daimler und Benz Stiftung. Er verschaffte den Anwesenden einen Ausblick auf die Vierte Industrielle Revolution und die da-

mit einhergehenden Herausforderungen für die Unternehmen.

Dr. Harald Niggemann, Cyber Security Analyst beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, gab einen Überblick über die verschiedenen Formen der Gefährdung von Unternehmen durch Cyberangriffe. Dazu zählen nachrichtendienstliche Aktivitäten, aber auch Angriffe der organisierten Kriminalität und demnach höchst unterschiedlichste Geschäftsmodellen, Ziele und Motive.

Die anschließende Podiumsdiskussion wurde von zwei Praktikern bereichert, die in ihrer Person sowohl hochkarätige Expertise aus der IT-Industrie als auch Erfahrungen ►



Rund 50 Sprecherausschussmitglieder aus den ULA-Verbänden nahmen am vierten ULA-Sprecherausschusstag teil. Foto: ULA

aus der Interessenvertretung der Leitenden Angestellten bündeln: Dr. Heinrich Arnold von der Deutschen Telekom AG und Margret Klein-Magar von der SAP AG.

Das weitere Veranstaltungsthema „Karriere ab 50“ knüpfte an den Themenschwerpunkt Demografie des WELT-Sprecherausschusstags 2013 an. Professor Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln lieferte zahlreiche Belege für die wachsende Bedeutung der Gruppe der älteren Arbeitnehmer. Die Weiterbeschäftigung der „Generation E“ – E wie Erfahrung – sei nicht nur eine Notwendigkeit aufgrund der demografischen Entwicklung, sondern auch durch besondere Stär-

ken im Vergleich zu jüngeren Arbeitnehmern gerechtfertigt.

Professor Rainer Sieg machte in seinem Vortrag deutlich, dass arbeitsrechtliche Altersgrenzen wie etwa die vertragliche Befristung von Arbeitsverträgen auf die Regelaltersgrenze von Gesetzgeber und Rechtsprechung zwar noch akzeptiert würden. Sachlich seien sie aber immer weniger zu rechtfertigen. Hier sei ein grundlegendes Umdenken erforderlich.

Professor Burkhard Bensmann widmete sich in seinem Vortrag der Bedeutung einer guten Selbstführung auch jenseits des 50. Lebensjahres. Unverzichtbar ist für ihn

vor allem eine gute Selbsterkenntnis. Führungskräfte sollten sich Zeit zur Reflexion nehmen, aber auch offenes Feedback von Kollegen einholen.

In der Podiumsdiskussion berichteten ULA-Präsident Dr. Roland Leroux von der SCHOTT AG und Dr. Frank Weber von der Daimler AG von einem veränderten Umgang mit älteren Mitarbeitern in ihren Unternehmen. Ihre Stärken könnten sie vor allem in beratenden Funktionen ausspielen, in denen sie weniger stark „dem Feuer des Kundendrucks“ ausgesetzt seien, aber auch in zeitlich befristeten Projekten, die rare Expertise erfordern.

Befragt nach dem rechtspolitischen Handlungsbedarf stellte der Leiter der Abteilung Arbeitsrecht und Arbeitsschutz im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Hans-Peter Viethen klar, dass auch die abschlagsfreie Rente mit 63 nichts am Wunsch der Regierung nach einer längeren Lebensarbeitszeit ändere. Dies werde neben bewährten Instrumenten wie Altersteilzeit oder Wertguthaben in Zukunft auch durch die sogenannte Flexirente gefördert.

Unter www.sprecherausschusstag.de wurden weitere Veranstaltungsfotos und ausgewählte, von den Referenten freigegebene Vorträge veröffentlicht. ■

Von Bruckmann zu Leroux: Wechsel an der ULA-Spitze

Am 22. Mai 2014 ist Dr. Roland Leroux zum neuen Präsidenten des Führungskräfteverbandes ULA gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. Wolfgang Bruckmann an, der seit Mai 2011 an der Spitze des Verbandes stand. Der gelernte Diplom-Chemiker Leroux ist Leiter Sicherheit, Gesundheit und Umwelt der SCHOTT AG. Außerdem ist der Vorsitzende des Sprecherausschusses als gewählter Interessenvertreter der Leitenden Angestellten in seinem Unternehmen aktiv. Daneben gehört auch dem Vorstand des ULA-Mitgliedsverbands VAA an.

Leroux freut sich auf die vor ihm liegende Herausforderung: „Führungskräfte tragen

große gesellschaftspolitische Verantwortung. Die ULA ist ihr Sprachrohr und vertritt ihre Interessen.“ Als Präsident des Verbandes trete er dafür ein, die Wahrnehmung dieser Interessen zu verbessern. Als Schwerpunkte seiner Amtszeit nannte Leroux die Sicherung des Industriestandortes, eine vernünftige Energiepolitik, Mitbestimmungsmöglichkeiten für angestellte Führungskräfte sowie ein transparenteres und bürgernäheres Steuersystem. Nach seiner Wahl dankte Leroux seinem Vorgänger für dessen erfolgreiches Engagement: „In der Amtszeit von Dr. Wolfgang Bruckmann ist die ULA als Dachverband weiter gewachsen – auf mittlerweile dreizehn Mitgliedsverbände.“



Foto: ULA

KOMMENTAR DR. ROLAND LEROUX, ULA-PRÄSIDENT

Mit bestimmen!

Seit Beginn meines Engagements im Sprecherausschuss der Firma SCHOTT war für mich klar, dass neben der betrieblichen Interessenvertretung immer auch die gesellschaftspolitische Vertretung für die Führungskräfte dazu gehört. Deshalb habe ich die Wahl zum neuen ULA-Präsidenten gern angenommen. Ohne diese politische Vertretung gäbe es die gesetzlichen Sprecherausschüsse nicht und ohne diese betriebliche Rückkopplung wiederum wäre jeder Versuch unglauwbürlich, politisch etwas zu bewegen.



Foto: ULA

Es ist meine Aufgabe, der politischen Stimme der Führungskräfte nun für einige Zeit an der Spitze Ausdruck zu verleihen. Was sind aktuell unsere Interessen? Führungskräften ist zunächst am Erhalt ihrer Aufgaben gelegen. Das hat einerseits mit individuellen Aspekten, andererseits aber auch mit guten Rahmenbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Daher werden wir uns auf ULA-Ebene um die Zukunft unseres Industriestandortes kümmern. Denn fallen hochwertige Arbeitsplätze weg, merken dies die Fach- und Führungskräfte sofort. Wir werden uns ebenso kraftvoll um die Energiewende kümmern: Sichere und bezahlbare Energie ist unabdingbar für eine wettbewerbsfähige Industrie in Deutschland. Führungskräfte wollen in ihrem Arbeitsbereich mitbestimmen und nicht weniger Beteiligungsrechte haben als andere Mitarbeiter. Daher wird die Mitbestimmung auch in Zukunft ein Top-Thema der ULA sein.

Wer anständig arbeitet, soll auch anständig verdienen. Angemessene Steuern sind dann normal. Als einer der ersten Verbände überhaupt hat die ULA bereits vor gut zehn Jahren mit ihrer Kampagne „Knack die Steuernuss“ die Abschaffung der „kalten Progression“ gefordert. Wir werden nicht nachlassen, an dieser Stelle Gerechtigkeit einzufordern. Führungskräfte wollen bei allem Einsatz für ihre Aufgaben auch nicht zerrieben werden. Daher sind Stresserkennung, Gesundheitsmanagement und Prävention weitere ULA-Themen in einer Zeit, in der wir von einer immer länger werdenden Lebensarbeitszeit ausgehen.

Nach einem langen und erfolgreichen Berufsleben haben Führungskräfte Anforderungen an eine adäquate Absicherung im Alter, sei es durch die Deutsche Rentenversicherung oder eine ergänzende betriebliche Altersversorgung. Hier wollen wir noch aktiver in Berlin und Brüssel Stellung beziehen.

Mehr zu diesen Themen ist neben den ULA Nachrichten auch aus den weiteren Informationsdiensten der ULA zu erfahren. Im Umkehrschluss sind wir über Hinweise dankbar, wenn wir weitere, führungs-kräfte-relevante Themen aufgreifen sollten. In diesem Sinne freue ich mich auf die vor mir liegende Zeit als Präsident der ULA!

Herzlichst

Ihr Dr. Roland Leroux

ULA-FRÜHLINGSFEST Grüne Insel in Berlin

Bei hochsommerlichen Temperaturen feierte die ULA am 22. Mai ihr traditionelles parlamentarisches Frühlingsfest in Berlin. Rund 200 Gäste – Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Vertreter aus Ministerien und Verbänden – nutzten die Gelegenheit zum Netzwerken.

Gastgeber in diesem Jahr war die Botschaft der Republik Irland. Die sprichwörtliche irische Gastfreundschaft wurde untermalt mit irischer Volksmusik. Nicht fehlen durften dabei auch die berühmten Getränke der Insel, die für einen entspannten Abend sorgten und die sehr heißen klimatischen Verhältnisse zumindest etwas zu lindern vermochten.

In ihren Begrüßungsansprachen erwähnten ULA-Präsident Dr. Roland Leroux und der irische Botschafter Michael Collins (im Bild) die engen wirtschaftlichen und kulturellen Berührungspunkte zwischen Irland und Deutschen. Besonders nachdrücklich lud der Botschafter die Gäste ein, die grüne Insel zu besuchen und so den Tourismus als einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren zu stärken.

Als kleinen, aber wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Karriere bot die ULA gemeinsam mit der irischen Botschaft den Gästen auch in diesem Jahr die Möglichkeit, Kinder mitzubringen und professionell betreuen zu lassen. ■



Foto: Gyarmaty – ULA



Videokonferenzen vom eigenen Arbeitsplatz aus nehmen immer breiteren Raum ein. Foto: galaxy67 – Fotolia

DIGITALISIERUNG DES ARBEITSLEBENS

Ergänzt, aber nicht ersetzt: E-Mail hat Zukunft

Bis heute sind E-Mails die dominierende Kommunikationsform im Arbeitsalltag von Führungskräften – und werden es wohl auf absehbare Zeit bleiben. Zwar ist das Bewusstsein für Datensicherheit in den letzten Monaten gewachsen, doch ein veritabler „NSA-Schock“ ist laut den Ergebnissen einer aktuellen Manager-Monitor-Umfrage nicht feststellbar.

Von massiven Einschränkungen bei der Software- und Internetnutzung oder beim Zugriff auf und der Speicherung von Firmendaten kann zurzeit keine Rede sein. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Umfrage, die das Führungskräfte Institut (FKI) unter den rund 1.100 Mitgliedern des Manager Monitor Panels durchgeführt hat. In der unternehmensinternen Kommunikation mit Kollegen, Vorgesetzten und Mitarbeitern bleibt die E-Mail neben dem Telefon oder dem persönlichen Gespräch mit Abstand die dominierende Form des Austauschs.

Mag das Klagen über die angeblich fehlende Effizienz dieser Kommunikationsform oder eine Überbeanspruchung durch die

Flut zu langer E-Mails mit zu großen Verteilerkreisen auch wachsen: In der Praxis ist offenbar noch kein grundlegendes Umsteuern zu verzeichnen. Technische Alternativen und Ergänzungen sind aber auf dem Vormarsch. So führen über 60 Prozent der Befragten zumindest gelegentlich Internetkonferenzen von ihrem Arbeitsplatz aus oder über Videokonferenzanlagen durch. Knapp die Hälfte nutzt auch beruflich Messenger-Dienste oder Mitarbeiterportale als Kommunikationsweg.

Externe soziale Netzwerke wie Xing, LinkedIn oder Facebook spielen für die berufliche Kommunikation hingegen nur eine sehr geringe Rolle. Ähnliches gilt für die externe Kommunikation mit Kunden und

Geschäftspartnern, wobei der Abstand der E-Mail zu den übrigen Kommunikationswegen sogar noch größer ist.

Danach befragt, wie gern Führungskräfte die unterschiedlichen Technologien nutzen, ergibt sich eine klare Rangliste: 91 Prozent benutzen E-Mails „gern“ oder sogar „sehr gern“. Die Alternativen werden im Vergleich dazu neutral bis kritisch bewertet. Knapp ein Viertel nutzt Mitarbeiterportale und Messenger-Dienste „sehr ungerne“. Bei sozialen Netzwerken liegt dieser Wert sogar bei 46 Prozent.

Für die Zukunft bescheinigen die Teilnehmer zwar fast allen alternativen Kommunikationsformen einen Bedeutungsgewinn.

Dieser wird aber nicht im nennenswerten Umfang auf Kosten der E-Mail gehen. Lediglich elf Prozent der Befragten glauben, innerhalb der nächsten drei Jahre werde sich deren Bedeutung leicht oder stark verringern. Eine leichte oder starke Zunahme der Bedeutung prognostizieren die Befragten für die nächsten Jahre demgegenüber Web-Konferenzen (81 Prozent), Mitarbeiterportalen (67 Prozent) und Messenger-Diensten (65 Prozent).

Kein NSA-Schock?

Ebenfalls im Fokus der Umfrage war das Thema Datensicherheit. Keine klaren Belege fanden sich dabei für die aus aktuellem politischem Anlass naheliegende Vermutung, dass es infolge der Enthüllungen um massive Datenspionage – insbesondere durch ausländische Geheimdienste – zu einem deutlich veränderten Umgang mit Firmendaten gekommen sei. Zwar haben 84 Prozent der Befragten den Eindruck, bei ihnen im Unternehmen sei das Bewusstsein für Datensicherheit gewachsen (14 Prozent „sehr stark“, 35 Prozent „stark“, 35 Prozent „ein wenig“). Konkrete Veränderungen in der Datenbehandlung oder bei der Internetnutzung haben aber nur weniger als die Hälfte der Befragten registriert.

Die stärksten Eingriffe gab es beim Zugriff auf Apps oder sonstige, individuell benötigte Software für dienstliche Geräte. 39 Prozent berichten von starken oder leichten Beschränkungen. Ähnlich hoch liegt der Wert beim Zugriff auf externe Internetseiten. Die geringsten Einschränkungen gibt es beim Umfang des Zugriffs auf Firmendaten mit mobilen Geräten bei Dienstreisen (27 Prozent), was am Mangel an Alternativen liegen könnte.

Verfügbarkeit nährt Ansprüche

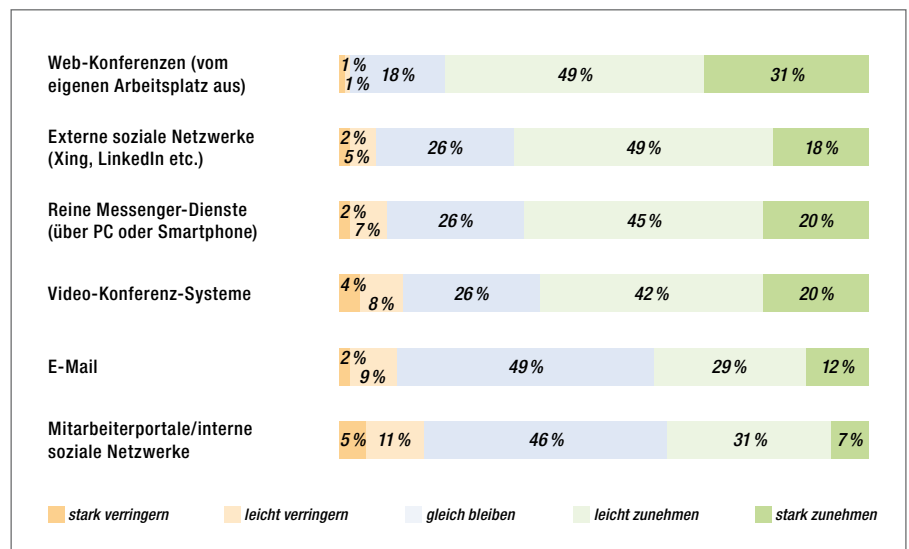
Konfrontiert mit mehreren Thesen, die befürwortet oder abgelehnt werden konnten, zeigt sich bei den Teilnehmern eine ambivalente Haltung zur digitalen Kommunikation. Einerseits sieht eine klare Mehrheit (78 Prozent) in der Digitalisierung mehr Vorteile als Nachteile. 69 Prozent stimmen auch der These zu, dass eine bessere Ver-

fügbarekeit von Daten die Qualität von Entscheidungen verbessere. Andererseits wird auch ein Anstieg der Ansprüche von Kunden, Dienstleistern und Mitarbeitern (93 Prozent) sowie ein steigender Zeit- und Entscheidungsdruck (90 Prozent) konstatiert.

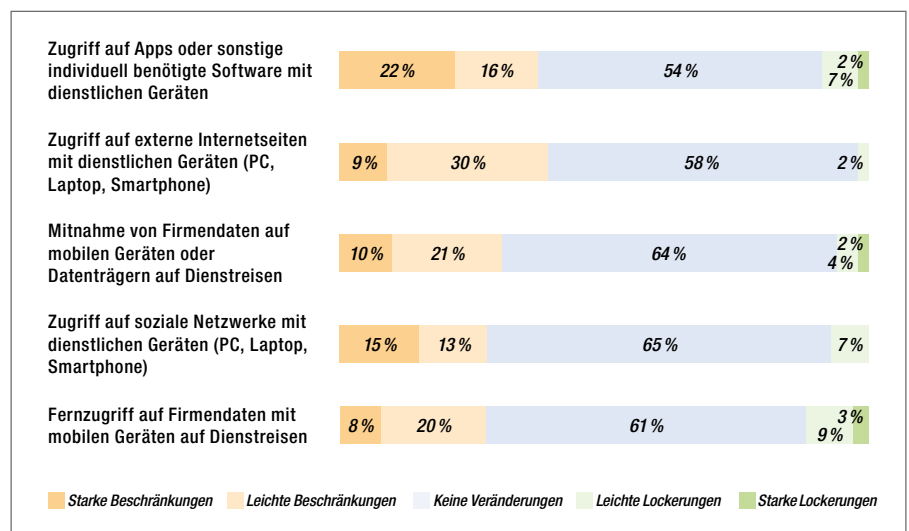
Gänzlich ungelöst bleibt ein entscheidender Anspruch, der mit der Einführung neuer Kommunikationstechnologien häufig unausgesprochen im Raum steht: Gerade einmal 39 Prozent sind der Auffassung, dass die Digitalisierung und die neuen Kommunikationsformen produktiver und

effizienter werden. Hier wird deutlich, dass Kommunikationsprozesse nicht allein durch ein neues Medium grundlegend verbessert werden können.

Für Führungskräfte, in deren Führungsbeziehungen gerade die mündliche Kommunikation von Angesicht zu Angesicht eine Schlüsselrolle spielt, ist dies nichts Neues. Im Kern ändern als neue Technologien nichts am gesamten Kommunikationsprozess: Sender und Empfänger, ihre Motive und Bedürfnisse und auch der Inhalt der Botschaft müssen berücksichtigt werden, um am Ende zu guten Ergebnissen zu kommen. ■



Antworten auf die Frage: Wie wird sich die Nutzung dieser Kommunikationsformen Ihrer Einschätzung nach in den nächsten drei Jahren verändern?



Antworten auf die Frage: Hat es bei Ihnen im Unternehmen in den letzten zwölf Monaten konkrete Veränderungen im Bereich der Datensicherheit gegeben? Wenn ja, welche?

STEUER- UND SOZIALPOLITIK

Steuern anpassen, Pflege stärken

Rund ein halbes Jahr nach der Vereidigung des Bundeskabinetts hat die große Koalition ein beachtliches sozialpolitisches Reformtempo vorgelegt. Doch die politische Bilanz in Sachen Steuern, Gesundheit, Pflege und Altersvorsorge fällt aus Sicht der Führungskräfte gemischt aus.

Ende 2013 ist das steuerpolitische Lastenheft des Koalitionsvertrags eher schmal ausgefallen. Schwarz-Rot hat damals den Schwerpunkt auf Konsolidierung gesetzt und kündigte darüber hinaus nur wenige strukturelle Reformen an. Umso erfreulicher ist aus Sicht der ULA, dass es nun auch ohne Basis im Koalitionsvertrag endlich Bewegung in Richtung einer Abschaffung der kalten Progression gibt. Die ULA setzt sich seit Jahren für diesen Schritt ein und hält ihn auch mit dem übergeordneten Ziel langfristig dauerhaft ausgeglichener Haushalte für vereinbar. Neben dem Abbau versteckter Lasten geht es zuvorderst um mehr Transparenz, die sich am Ende für Bürger und Unternehmen gleichermaßen auszahlen wird.

Steuern: Tarif anpassen

Als Weg zur Abschaffung plädiert der Führungskräfteverband ULA für eine jährliche prozentuale Anpassung des

Steuertarifs an die Inflationsentwicklung. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass ein Automatismus notwendig ist. Denn der Gesetzgeber ist selbst nicht willens oder in der Lage, einzelgesetzlich regelmäßige Anhebungen wichtiger Schwellenwerte im Steuertarif vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für die letzten Jahre: Da hat es zwar kleine Anpassungen vor allem im unteren Bereich gegeben, aber deren Wirksamkeit gegen die kalte Progression war für die meisten Steuerpflichtigen nur sehr gering.

Gesundheit: Arbeitgeber motivieren

Während über die Abschaffung der kalten Progression noch diskutiert wird, ist der Weg zur Reform der Krankenversicherungsbeiträge frei. Ersatzlos abgeschafft werden die pauschalen Zusatzbeiträge, die von mehreren Kassen noch vor wenigen Jahren erhoben werden mussten. Dafür wird der heute noch bundesweit 0,9 Pro-

zent betragende zusätzliche Beitragssatz für Versicherte in einen einkommensbezogenen Zusatzbeitrag überführt, über dessen Höhe jede Krankenkasse selbst entscheiden wird. Je nach Finanzlage kann dieser mehr oder weniger als 0,9 Prozent tragen. Auf lange Sicht werden wohl für alle Versicherten die Belastungen wachsen, da der Arbeitgeberbeitrag dauerhaft bei 7,3 Prozent eingefroren werden soll.

Die ULA hat Verständnis für die Entscheidung, die Lohnnebenkosten nicht voll mit Kostensteigerungen infolge des medizinischen Fortschritts und einer zunehmenden Alterung zu belasten. Sie hält es aber für schädlich, wenn Arbeitgeber künftig keinerlei Motivation haben, ihren Einfluss für eine sparsame Mittelverwendung geltend zu machen – zum Beispiel über die Gremien der Selbstverwaltung. In einer Stellungnahme gegenüber dem Gesundheitsausschuss haben sich die Führungskräfte daher für eine Überprüfungsklausel ausgesprochen. Diese würde den Gesetzgeber zu

	2008	2009	2010 bis 2012	2013	2014
Eingangssteuersatz	15 %	14 %	14 %	14 %	14 %
Grundfreibetrag	7.664	7.834	8.004	8.130	8.354
Sogenannte Progressionszone (24 % bis 42 % Steuersatz)	12.740	13.140	13.469	13.469	13.469
Steuersatz von 42 % ab einem Einkommen von	52.152	52.551	52.881	52.881	52.881

Entwicklung steuerrechtlicher Schwellenwerte in den letzten Jahren (Werte beziehen sich auf einen Steuerpflichtigen in Steuerklasse I). Quelle: ULA, www.bundesfinanzministerium.de



In der Pflege braucht es Mehreinnahmen, um eine bessere Betreuung von Menschen mit Demenz zu gewährleisten. Foto: Lighthunter – Shutterstock

einer arbeitsmarktpolitischen Vertretbarkeitsprüfung einer Anhebung des Arbeitgeberbeitrags verpflichtet, sobald der Zusatzbeitrag im Durchschnitt aller Versicherten – und damit die Spreizung von Versicherten- und Arbeitgeberbeitrag – mehr als zwei Prozent beträgt.

Pflege: Mehreinnahmen nötig

Parallel dazu laufen die Vorbereitungen für die Reform der Pflegeversicherung weiter. Die ULA hält den geplanten Anstieg des Beitragssatzes um 0,2 Prozent für vertretbar. Mehreinnahmen sind notwendig, um eine kaufkrafterhaltende Dynamisierung der Leistungen und eine bessere Betreuung von Demenzerkrankten zu gewährleisten.

Starke Zweifel hat der politische Dachverband der Führungskräfte hingegen am geplanten Vorsorgefonds. Dieser soll bis 2034 aus einem zusätzlichen Beitragssatz von 0,1 Prozent aufgebaut und von der Bundesbank verwaltet werden. Danach soll er bis 2054 abgeschmolzen werden, um die Lasten aus einer Pflegebedürftigkeit von Angehörigen der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge abzufedern. Die

ULA hält eine ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge für prinzipiell richtig. Diese sollte jedoch vorrangig in individueller Form erfolgen. Denn Erfahrungen aus Deutschland, etwa im Bereich der Beamtenversorgung, und aus dem Ausland verdeutlichen: Dem Staat fehlt es schlicht an der erforderlichen Zuverlässigkeit, um kollektive Kapitalreserven gegen fiskalische Begehrlichkeiten zu schützen.

Altersvorsorge: Reformstau lösen

Die Proteste der ULA und anderer Verbände gegen eine abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Versicherungsjahren und eine aus Steuermitteln verbesserte Erziehungsrente für die Eltern vor 1992 geborener Kinder waren erfolglos. Eine kurzfristig wohl eher symbolische, langfristig aber wohl bedeutende Kompensation für die „Rente mit 63“ setzten die Unionsparteien mit der „Flexi-rente“ durch. Sie sieht vor, dass Arbeitsverträge zwar weiterhin wirksam auf die Regelaltersgrenze befristet werden dürfen. Der tatsächliche Beendigungszeitpunkt kann aber in Zukunft durch einvernehmliche Vereinbarungen über die Altersgrenze

hinaus verschoben werden, auch mehrfach hintereinander.

Die nächste Reform im Bereich der Altersvorsorge zeichnet sich außerdem schon ab: Im Herbst 2014 soll ein Reformpaket für das Recht der Betriebsrente vorgelegt werden. Deren Attraktivität soll laut Koalitionsvertrag insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen steigen.

Zusätzlicher Handlungsbedarf ist im April 2014 durch die Verabschiedung der europäischen „Mobilitätsrichtlinie“ entstanden. Zwar gewährt die EU den Mitgliedstaaten vier Jahre für deren Umsetzung. Die ULA spricht sich aber dafür aus, schon möglichst bald eine Reform „aus einem Guss“ vorzulegen.

In den letzten Jahren ist es vor allem im Steuerrecht der betrieblichen Altersvorsorge zu einem Reformstau gekommen. Unter www.ula.de/newsletter hat die ULA hierzu im Mai eine Sonderausgabe ihres Newsletters „kurz und bündig“ veröffentlicht, der einen systematischen Überblick über die Inhalte der Richtlinie gibt und die zentralen politischen Forderungen der ULA enthält. ■



Führungskräfte
Institut



Foto: .shock – Fotolia

AKTUELLE SEMINARE

Weiter bilden!

Führungskräfte nehmen eine besondere Verantwortung wahr – sowohl für die Mitarbeiter als auch für das Unternehmen. Doch die Anforderungen des modernen, globalisierten Managements wachsen stetig. Um den hohen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen Entscheidungsträger ihr Wissen und ihr Know-how permanent erweitern. Deshalb bietet das Führungskräfte Institut (FKI) vielfältige und hochwertige Weiterbildungsmöglichkeiten an. Die Anmeldung erfolgt online unter www.fki-online.de.

Know-how erweitern: Arbeitsrecht für Führungskräfte

Für Führungskräfte ist die Kenntnis der eigenen rechtlichen Besonderheiten unabdingbar, da nicht immer alle Schutzregelungen Anwendung finden. Praxisnah vermitteln die VAA-Juristen Stephan Gilow und Christian Lange das Know-how im Arbeitsrecht.

Wann? Am 9. September 2014.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln).

Einführung in Jahresabschluss und Unternehmenskennziffern

Wie liest man Bilanzpositionen richtig? Wie können diese erläutert, analysiert und korrekt veranschaulicht werden? Wirtschaftsprüfer Dr. Aljoscha Schaffer vermittelt den Seminarteilnehmern Grundlagen für das Lesen und Verstehen des Jahresabschlusses.

Wann? Am 16. September 2014.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln).

Hartes Verhandeln: Welche Taktiken zeigen Wirkung?

Zum Rüstzeug für Führungskräfte gehört auch das Meistern von Verhandlungen. Doch welche Faktoren beeinflussen eine Verhandlung? Referent Kai Braake trainiert verschiedene Taktiken anhand praktischer Verhandlungssituationen. Damit können die Teilnehmer des Seminars das Gelernte optimal in ihren Arbeitsalltag integrieren.

Wann? Am 18. September 2014.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln).



Manager
Monitor

Meinungsmacht für Führungskräfte

Mit dem Umfragepanel Manager Monitor verfügen Deutschlands Führungskräfte über ein schlagkräftiges Meinungsinstrument, dessen Ergebnisse stets Beachtung in den führenden Wirtschaftsmedien finden. Damit sorgt der beim Führungskräfte Institut (FKI) angesiedelte und gemeinsam mit der ULA betreute Manager Monitor für eine wirksame Interessenvertretung. Bei seinen Studien arbeitet der Manager Monitor themenbezogen auch mit renommierten Partnern wie der Bertelsmann Stiftung oder der Hay Group zusammen. Zurzeit fasst das Panel rund 1.000 Mitglieder. Dabei handelt es sich größtenteils um angestellte Fach- und Führungskräfte aus den ULA-Mitgliedsverbänden. So wird eine Vielzahl von Branchen der Privatwirtschaft abgedeckt. Selbstverständlich werden die Umfrageergebnisse anonymisiert ausgewertet. Unter www.manager-monitor.de erfolgt die Anmeldung: einfach, bequem und jederzeit widerrufbar. Neue Panelmitglieder aus Wirtschaft und Verbänden sind jederzeit willkommen.

EIGNUNGSDIAGNOSTIK UND ASSESSMENTS

Rekrutieren, aber richtig!

Wie können Rekrutierungsprozesse professionalisiert werden? Wie macht man die wichtige Unterscheidung zwischen Performance und Potenzial? Wie können die Erkenntnisse aus der Persönlichkeitsforschung für die eigene Entwicklung genutzt werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich eine neue Artikelserie im VAA Magazin. Darin setzt sich Dr. Eric Wenzel von der Hay Group mit den Themen Eignungsdiagnostik und Assessments auseinander. Heute im Fokus: die Rolle des psychometrischen Persönlichkeitsverfahrens bei der richtigen Personalrekrutierung.

Bei Rekrutierungsentscheidungen stehen Führungskräfte häufig vor einem Dilemma: Auch sie können Bewerbern nur vor den Kopf schauen. Zwar gibt es Forschung, die besagt, dass sich die meisten Führungskräfte für ausgezeichnete Interviewer halten. Doch dieselbe Forschung sagt auch, dass dies nicht stimmt. Stellt sich dann in den ersten Monaten nach der Besetzung heraus, dass man sich falsch entschieden hat, wird meistens nicht konsequent genug gehandelt. Wie sagte Reinhard Sprenger kürzlich in einem Vortrag:



Bei der Rekrutierung von Personal stehen die Verantwortlichen häufig vor schwierigen Entscheidungen. Foto: fotogestoeber – Fotolia

„Die Probezeit ist das am wenigsten genutzte Personalinstrument in Deutschland.“ Wahrscheinlich nicht nur hier.

Was also kann getan werden, um im Rahmen von Besetzungsentscheidungen zu begründeten und objektiven Aussagen zu kommen? Die gute Nachricht ist: Diese Frage wird nicht zum ersten Mal gestellt. Es gibt jahrzehntelange Forschung auf dem Gebiet der Persönlichkeitsdiagnostik. Und die gibt Hinweise darauf, wie man Rollenpassung und Potenzial bei Bewerbern gut vorhersagen kann.

Hier geht es nun um die in diesem Zusammenhang womöglich effizienteste Methode: das psychometrische Persönlichkeitsverfahren. Zugegeben, nicht alle Verfahren sind gleichermaßen für die Unterstützung von Besetzungsprozessen geeignet. Außerdem ist der Markt der Testanbieter atomisiert. Als Laie ist es kaum möglich, die guten von den richtig guten Anbietern zu unterscheiden. Dennoch gibt es Kriterien, um zu einer informierten Entscheidung zu kommen.

Erst einmal stellt sich die Frage, warum man sich überhaupt auf Testverfahren verlassen

sollte. Einer der wesentlichen Gründe ist die Objektivität. Wenn alle denselben Fragebogen ausfüllen, ist das nicht nur fair, sondern liefert auch vergleichbare Daten. Ein weiterer Grund ist die unerreichte Kosteneffizienz. Der größte Kostentreiber bei Rekrutierungsprozessen ist die Tatsache, dass zu viele Bewerber in die engere Auswahl kommen. Oder anders: Es wird am Anfang nicht kräftig genug gesiebt. Das führt dazu, dass HR- und auch Linien-Manager zu viel Zeit in Bewerbungsgesprächen oder Assessment-Centern verbringen, um dort Kandidaten zu begutachten, die eigentlich bereits vorher als ungeeignet hätten erkannt werden können. Das ist allein deswegen wichtig, weil die Zeit von Führungskräften teurer ist als jeder Test. Im Übrigen gilt auch bei wenigen Bewerbern die Frage: Konzentriert man sich wirklich nur auf diejenigen, die interessant sind? In diesem Zusammenhang gibt es keine geeignetere Methode zur Vorauswahl, die niedrigen Ressourceneinsatz, Schnelligkeit und Objektivität so gekonnt verbindet, als das psychometrische Testverfahren.

Wie erkennt man nun einen geeigneten Testanbieter? Grundsätzlich werden mit ►



Foto: Hay Group

Dr. Eric Wenzel

ist Principal und Head of Management Diagnostics für Deutschland, Österreich und die Schweiz bei der Hay Group in Frankfurt am Main.

den meisten Tests sogenannte Verhaltenspräferenzen gemessen, also Neigungen, sich in der einen oder anderen Weise zu verhalten. Verfahren, die in Selektionsprozessen zum Einsatz kommen, sollten quantitative Aussagen treffen. Sie weisen Angaben zu Verhaltenspräferenzen auf einer numerischen Skala aus, um Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Zweitens sollte das Verfahren Teilnehmer nicht über Gebühr beanspruchen. Ausfüllzeiten von über einer halben Stunde sind inakzeptabel. Allerdings sollte es auch nicht viel kürzer sein. Drittens sollte es die Möglichkeit geben, Soll-Profile anzulegen, die sich an Stellenanforderungen ausrichten. Mit ihrer Hilfe kann bereits online eine Vorauswahl genau anhand der Kriterien stattfinden, die im Unternehmen vorab festgelegt wurden. Viertens sollte das verwendete System „Derailment-Reports“ erzeugen können, die Aussagen darüber treffen, wie sich das Verhalten unter Stress ändert und dann möglicherweise karriereschädlich ist.

Es gibt Verfahren, die mehrere Reports (Verhaltenspräferenzen, Derailer, Soll-Profile und andere) bereits mit nur einem einzigen Fragebogen erzeugen. Ausschau sollte man nach den Verfahren halten, die all diese Kriterien erfüllen. Für frühe Potenzialerkennungsprozesse ist darüber hinaus das Erheben der mentalen Fähigkeiten wichtig. Insofern bietet ein Testanbieter idealerweise auch komplementäre Leistungstests, die je nach Bedarf aufgeschaltet werden können.

Auf diese Weise werden Rekrutierungsprozesse auf zweierlei Weise professionalisiert: Zum einen konzentriert man sich frühzeitig auf wenige, aber die richtigen Kandidaten. Zum anderen kann im Interview mithilfe der Reports genau an den Stellen eingehakt werden, welche die Kandidaten gern umschiffen. Auf die Frage nach persönlichen Entwicklungsfeldern bekommt man ab diesem Zeitpunkt nicht mehr nur „Ungeduld“ zu hören. Stattdessen werden möglicherweise Neigungen zur Unzuverlässigkeit, zu geringem Leistungsantrieb oder zur Inflexibilität sichtbar. Solche Eigenschaften wollen Personalverantwortliche so früh wie möglich in Erfahrung bringen und dann im Interview erkunden, um am Ende schnell, fair und objektiv zu einer Entscheidung zu kommen. ■



Ziehen zu viele Bewerber an einem Strang, gibt es für HR Probleme: Der größte Kostentreiber bei Rekrutierungsprozessen ist die zu große Auswahl an Kandidaten. Foto: Pressmaster – Shutterstock

URTEILE

§ Urlaubsanspruch nach unbezahltm Sonderurlaub

Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Ruhen des Arbeitsverhältnisses, hindert dies weder die Entstehung des gesetzlichen Urlaubsanspruchs noch berechtigt es den Arbeitgeber zur Kürzung des gesetzlichen Urlaubs. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden.

Eine Arbeitnehmerin war seit 2002 bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt und hatte vom 1. Januar 2011 bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses am 30. September 2011 unbezahlten Sonderurlaub. Als sie danach die Abgeltung von 15 Urlaubstagen aus dem Kalenderjahr 2011 verlangte, wies der Arbeitgeber diese Forderung zurück. Nachdem eine entsprechende Klage zunächst vom Arbeitsgericht Berlin abgewiesen wurde, gab das Landesarbeitsgericht Berlin-Branden-

burg der Arbeitnehmerin Recht. Diese Rechtsauffassung wurde nun auch durch das BAG bestätigt (Urteil vom 6. Mai 2014, Aktenzeichen: 9 AZR 678/12). Die obersten Arbeitsrichter stellten klar, dass der gesetzliche Urlaubsanspruch aus § 1 Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) gemäß § 13 Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 BUrlG „unabdingbar“ sei. Seine Entstehung erfordere „nur den rechtlichen Bestand des Arbeitsverhältnisses und die einmalige Erfüllung der Wartezeit“. Das gilt aus Sicht der BAG-Richter auch dann, wenn das Arbeitsverhältnis wegen einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Mitarbeiter ruht. Insofern sei der Arbeitgeber nicht zur Kürzung des gesetzlichen Urlaubs berechtigt. Einzige Ausnahmen von diesem Grundsatz seien spezialgesetzliche Regelungen, die dem Arbeitgeber explizit eine Kürzung er-

lauben, zum Beispiel bei Elternzeit gemäß § 17 Absatz 1 Satz 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes.



Foto: lassedesignen – Fotolia

§ Rückzahlung von Weiterbildungskosten

Vereinbarungen, die den Arbeitnehmer bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zur Rückzahlung von durch den Arbeitgeber getragenen Weiterbildungskosten verpflichten, sind nur wirksam, wenn sie der Transparenzkontrolle nach § 307 Absatz 1 Satz 2 BGB genügen. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden und damit seine bisherige Rechtsprechung dazu weiter präzisiert.

Ein Arbeitnehmer hatte zwischen 2006 und 2008 erfolgreich an einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen, für die der Arbeitgeber die Kosten übernommen hatte. Als der Arbeitnehmer Ende 2010 das Arbeitsverhältnis durch Eigenkündigung beendete, forderte der Arbeitgeber entsprechend einer Nebenabrede zum Arbeitsvertrag die Rückzahlung von einem Drittel der

Weiterbildungskosten. Die Forderung des Arbeitgebers erstreckte sich neben den Gebühren für die Weiterbildung auch auf die Entgeltfortzahlungskosten für die Weiterbildungszeit. Als der Arbeitnehmer die Rückzahlung der Kosten verweigerte, reichte der Arbeitgeber Klage vor dem Arbeitsgericht ein und bekam Recht. Im Berufungsverfahren wies das Landesarbeitsgericht (LAG) die Klage des Arbeitgebers hingegen ab. Es schloss sich der Auffassung des Arbeitnehmers an, der in der Nebenabrede eine allgemeine Geschäftsbedingung sah, die ihn wegen ihrer mangelnden Transparenz unangemessen benachteilige.

Diese LAG-Entscheidung hat das Bundesarbeitsgericht bestätigt (Urteil vom 6. August 2013, Aktenzeichen: 9 AZR 442/12). Im Falle von Rückzahlungsklauseln liegt

nach Auffassung der BAG-Richter ein Verstoß gegen das Transparenzgebot insbesondere dann vor, wenn die Klausel dem Arbeitgeber vermeidbare Spielräume hinsichtlich der erstattungspflichtigen Kosten gewährt. So sei die genaue und abschließende Bezeichnung der einzelnen Positionen, aus denen sich die Gesamtforderung zusammensetzen soll, ebenso erforderlich wie die Angabe, nach welchen Parametern die einzelnen Positionen berechnet werden. Da diese Voraussetzung im vorliegenden Fall nicht gegeben war, wies das BAG die Rückzahlungsforderung des Arbeitgebers zurück. Allgemeine Geschäftsbedingungen unterliegen grundsätzlich der Transparenzkontrolle nach § 307 Absatz 1 Satz 2 BGB. Sie liegen für Arbeitnehmer bereits dann vor, wenn der Arbeitgeber eine vorformulierte Klausel nutzt.

INTERVIEW MIT ILGA MÖLLENBRINK

Fallstricke im Aufhebungsvertrag

Aufhebungsverträge sind ein beliebtes Instrument für Arbeitgeber, um ein Anstellungsverhältnis „eilvernehmlich“ zu beenden. Dem Angestellten wird erklärt, dass auf diesem Wege ein Streitiges und langwieriges Verfahren vor dem Arbeitsgericht vermieden werden könne und der Malus einer Kündigung nicht auf dem Lebenslauf laste. Aber auch der Arbeitnehmer kann Interesse an einem Aufhebungsvertrag haben, um das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der Kündigungsfrist im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber zu beenden. VAA-Juristin Ilga Möllenbrink erläutert, wieso es in beiden Fällen auf die richtigen Formulierungen ankommt, um nicht im Nachhinein das Nachsehen zu haben.



Karikatur: Retzlaff

VAA Magazin: Wann kommt es in der Praxis vor, dass ein Aufhebungsvertrag geschlossen wird?

Möllenbrink: Plant ein Unternehmen einen Personalabbau, so kommt es häufig vor, dass gerade Führungskräften ein Aufhebungsvertrag vorgelegt wird.

VAA Magazin: Ist das nicht ein Vorteil für leitende Angestellte, da sie nicht unter den Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes fallen und auf diesem Wege eine Abfindung erhalten können?

Möllenbrink: Das ist ein absoluter Irrglaube. Der leitende Angestellte hat den Schutz des Kündigungsschutzgesetzes. Einen Sonderfall bilden lediglich leitende Angestellte, die zur selbstständigen Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern befugt sind.

VAA Magazin: Wie sollte sich ein Arbeitnehmer verhalten, der mit einem Aufhebungsvertrag konfrontiert wird?

Möllenbrink: Der Betroffene sollte sich passiv verhalten, Zeit gewinnen und den Abschluss hinauszögern, um die Konditionen zu verbessern. Auf jeden Fall sollte rechtzeitig Kontakt zu einem VAA-Juristen aufgenommen werden.

VAA Magazin: Welches Problem ist mit dem Vertrag am häufigsten verbunden?

Möllenbrink: Ein Aufhebungsvertrag führt bei der Bundesagentur für Arbeit in der Regel zu einer Sperrzeit beim Arbeitslosengeld.

VAA Magazin: Kann eine Sperrzeit vermieden werden?

Möllenbrink: Wir haben positive Erfahrungen damit gemacht, bei der Formulierung der Beendigungsklausel darauf abzustellen, dass ein Arbeitsverhältnis wegen Umstrukturierungsmaßnahmen aus dringendem betrieblichen Erfordernis wegen eines Wegfalls des Arbeitsplatzes und einer ansonsten unumgänglichen betriebsbedingten Kündigung beendet wird.

VAA Magazin: Was bedeutet ein Ruhen des Arbeitslosengeldes?

Möllenbrink: Bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist und Vereinbarung einer Abfindung ruht das Arbeitslosengeld. Das heißt: Der Bezug der Leistungen wird so lange ausgesetzt, bis die Kündigungsfrist abgelaufen ist. Die Bezugsdauer wird im Gegensatz zur Sperrzeit aber nicht gekürzt.

VAA Magazin: Also ist die Beendigungsklausel der erste Fallstrick?

Möllenbrink: Richtig. Die Kündigungsfrist ist einzuhalten und bei der Formulierung sollte der VAA um Rat gefragt werden, um Sperrzeiten zu vermeiden.

VAA Magazin: Was ist bei der Abfindung zu beachten?

Möllenbrink: Die Abfindung sollte hinsichtlich der Betriebszugehörigkeit, des Lebensalters und einer etwaigen Schwerbehinderung angemessen sein. Wäre eine ansonsten auszusprechende Kündigung unwirksam, sollte das in der Höhe der Abfindung berücksichtigt werden.

VAA Magazin: Arbeitgeber behaupten häufig, dass die Faustformel ein halbes Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr sei.

Möllenbrink: Üblicherweise berechnen die Arbeitsgerichte eine Abfindung unter Zugrundelegung von Monatsgehalt, Bonus und geldwertem Vorteil, wenn ein Dienstwagen zur Verfügung stand und privat genutzt werden durfte. Im Einzelfall kann der Faktor auch oberhalb eins liegen.

VAA Magazin: Was ist aus steuerlicher Hinsicht zu beachten?

Möllenbrink: Neben der Möglichkeit, die Auszahlung der Abfindung auf den Januar des Folgejahres zu verschieben, gibt es viele individuelle Aspekte, die zu beachten sind. Daher sollte jeder, der eine Abfindung im Aufhebungsvertrag verhandelt, vor Abschluss auch eine Steuerberatung in Anspruch nehmen, um die Abfindung steuerbegünstigt zu erhalten.

VAA Magazin: Gibt es noch weitere Punkte, die es sich bei Aufhebungsverträgen zu berücksichtigen lohnt?

Möllenbrink: Bei langen Kündigungsfristen sollte der Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, mit einer kurzen Ankündigungsfrist vor dem Beendigungszeitpunkt auszuscheiden. Die ausstehenden Monatsgehälter sollten dann abfindungserhöhend ausbezahlt werden.

VAA Magazin: Verliert der Arbeitnehmer seinen Bonusanspruch, wenn er freigestellt wird oder vorzeitig ausscheidet?

Möllenbrink: Es sollte im Aufhebungsvertrag eine Regelung zum Bonus erfolgen und dazu, wie es sich mit allen übrigen Gehaltsbestandteilen während einer Freistellungsphase verhält. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Anspruch verlorengeht.

VAA Magazin: Ist es ratsam, eine Outplacement-Beratung zu verhandeln?

Möllenbrink: Eine Outplacement-Beratung kann für Arbeitnehmer bei der Stellensuche hilfreich sein, wenn sie sich über viele Jahre nicht mehr bewerben mussten. Es hilft, Fehler bei Bewerbungsunterlagen und beim Vorstellungsgespräch zu vermeiden. Und: Eine Standortbestimmung eröffnet neue Möglichkeiten.

VAA Magazin: Was sollte noch im Aufhebungsvertrag nicht fehlen?

Möllenbrink: Die Fragen zur betrieblichen Altersversorgung sollten geklärt sein. Für das Zeugnis mit einer bestimmten Note sollte es ein Vorschlagsrecht geben. Bei der Erledigungsklausel ist zu beachten, dass der Arbeitnehmer alle Ansprüche wie Reisekosten und ähnliches abgerechnet hat. ■



SERIE: ERBEN UND VERERBEN

Kein Kontakt zu Eltern: Unterhalt fällig?

In einer viel beachteten Entscheidung hat der Bundesgerichtshof im Februar 2014 über die Tragweite der familiären Einstandspflicht geurteilt: Ein Sozialhilfeträger hatte von einem pensionierten Beamten die Erstattung von Pflegekosten für dessen Vater verlangt. Die Krux: Letzterer hatte seit 1972 jeglichen Kontakt verweigert und den Sprössling im Testament ausdrücklich enterbt. Dennoch verurteilte der BGH den Sohn zur Zahlung von 9.000 Euro an das Sozialamt der Stadt Bremen. Im Interview mit dem VAA Magazin erklärt Rechtsanwalt Michael Bürger, wieso die Familienverantwortung füreinander vom BGH überstrapaziert worden sein dürfte.

VAA Magazin: Wie begründet der BGH die Einstandspflicht für die Pflegekosten von Eltern, die seit Jahren die eigenen Kinder ignorieren?

Bürger: Familie verpflichtet. In gerader Linie sind alle unterhaltspflichtig, das heißt Eltern gegenüber Kindern, Kinder gegenüber Eltern. Dieser Grundsatz gilt sogar generationsübergreifend für die Großeltern beziehungsweise aus deren Sicht für die Enkel. Der Gesetzgeber hat die füreinander bestehende Verantwortung als sittliche Pflicht erachtet und in § 1601 ff. BGB gesetzlich geregelt.

In der Frage des Erwachsenenunterhalts – Kinder haften für ihre Eltern – wird maßgeblich auf den Gedanken abgestellt, dass Eltern ihren Kindern während der gesamten Dauer ihrer Minderjährigkeit und im Falle einer darüber hinausgehenden Ausbildung auch für diesen Zeitraum Unterhalt schulden. Deshalb ist der Grundgedanke durchaus folgerichtig, dass umgekehrt auch Kinder ihren im späteren Leben bedürftig gewordenen Eltern Unterhalt zahlen müssen.



VAA Magazin: Und da gibt es keinerlei Ausnahmen?

Bürger: Das Gesetz räumt in § 1611 BGB die Möglichkeit ein, bei erheblichen innerfamiliären Störungen die Kürzung auf einen Billigkeitsunterhalt zu reduzieren, gegebenenfalls sogar den vollständigen Unterhalt auszuschließen. Aber obwohl im zu entscheidenden Fall der Vater den Sohn auf teils verletzende Weise missachtet und ihn in seinem Testament bis auf den „strengsten Pflichtteil“ enterbt hatte, erblickte der BGH darin noch keine vorsätzliche schwere Verfehlung. Die Richter hielten dem Vater zugute, er habe immerhin in den ersten 18 Lebensjahren seines Sohnes seinen Pflichten als Vater genügt, insbesondere seinen Unterhaltspflichten.

VAA Magazin: Ist denn in absehbarer Zeit mit einer Korrektur dieser Entscheidung zu rechnen?

Bürger: Das Problem besteht darin, ab wann von „schweren Verfehlungen“ im Sinne des Gesetzes gesprochen werden kann. Allein das „Einschlafen lassen der persönlichen Beziehungen“ hatte der zuständige XII. Senat des BGH bereits mehrfach nicht als schwere Verfehlung gewertet. Im vorliegenden Falle hatte der Vater jedoch nicht nur aktiv den Kontaktabbruch herbeigeführt, sondern dar-

über hinausgehend auch über Jahre eine Wiederannäherung verhindert. Wünschenswert gewesen wäre eine abschließende Gesamtbetrachtung.

Der BGH hatte jedoch für alles eine Erklärung, auch für die Frage der Enterbung des Sohnes: Darin käme vielmehr nur die Ausübung des Rechts auf Testierfreiheit des Vaters zum Ausdruck. Die Vorinstanz, immerhin ein Oberlandesgericht, hatte den Fall genau entgegengesetzt entschieden und ist von einer vollständigen Verwirkung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit ausgegangen.

VAA Magazin: Zeichnet sich an dieser Stelle ein Generationsproblem der heute 30- bis 60-Jährigen ab?

Bürger: Tatsächlich befindet sich die angesprochene Altersgruppe in einer Art Sandwichposition. Sie hat sowohl den eigenen Kindern Unterhalt zu gewähren und muss möglicherweise zusätzlich den oft durch Eintritt eines Pflegefalls bedürftig gewordenen Eltern helfen. Besonders schwierig wird die Situation dann, wenn das familiäre Verhältnis gestört ist und die eine Seite die jeweils andere dafür verantwortlich macht. ■



Foto: Kanzlei Bürger

Michael Bürger

ist Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Erbrecht. Im VAA-Netzwerk bietet er VAA-Mitgliedern und ihren Partnern seit über fünf Jahren die erbrechtliche Beratung zu vergünstigten Konditionen an.

Kanzlei-Ra-Buerger@t-online.de

Foto: Ljupco Smokovski – Fotolia

ERIK LEHMANN HAT DAS WORT

Danke!

Weil's ja sonst keiner sagt, sag ich's jetzt: Danke! Danke an Sie alle. Danke an den deutschen Steuerzahler. 55,36 Milliarden Euro Steuergelder haben Bund und Länder im März von uns erhalten. Und wir Bürger geben gern.

Das war der beste März aller Zeiten – so die Jubelrufe aus dem Finanzministerium. Bei Wolfgang Schäuble klingeln also die Kassen. Klein hat er damals angefangen, der Schäuble. Das war im Jahr 1994. Da musste er sich noch mit einer lächerlichen 100.000 D-Mark-Spende zufriedengeben. Aber jetzt, 20 Jahre später, da rollt der Rubel. Rund 8.000 Euro hat jeder Deutsche durchschnittlich im letzten Jahr an Steuern

eingezahlt. Jeder Deutsche! Da sind Alice Schwarzer und Uli Hoeneß mit eingerechnet. Und da können wir Deutschen doch auch einmal stolz auf uns sein. Wohl wissend, dass jeder Einzelne von uns – wirklich jeder! –, selbst die arbeitslose Schlecker-Frau und der pfandflaschensammelnde Penner, brav je 8.000 Euro dem Fiskus überlassen hat.

Nur mal zum Vergleich: Ein Grieche kostete die EU im Jahr 2013 jeweils 11.200 Euro an Hilfsgeldern. Und während die Griechen die Hand aufhalten, geben wir Deutschen immerzu und sind selig. Tja, und diese Seligkeit war es wohl auch, die Torsten Albig just zu Ostern auf die Idee brachte, jedem deutschen Autofahrer 100 Euro jährlich für Schlaglöcher in Rechnung zu stellen.

Ein Wahnsinn! Der Deutsche lässt sich als Steuerzahler ja einiges gefallen, aber als Autofahrer sollte man ihn nicht zu sehr reizen. Aber vielleicht hat Torsten Albig ja recht: Wenn die CSU demnächst die Ausländermaut einführt, dann werden wir wohl zum Ausgleich den Schlagloch-Solizahlen müssen.

Ach, wir Deutschen sind schon toll! Das sagten die ja auch in dem CDU-Werbespot für die Europawahl. Da hieß es: „Für viele Länder in Europa sind wir Vorbild. Und so sollten wir uns auch verhalten!“ Ganz genau! Und es gibt so viele wunderbare Beispiele für unser vorbildliches Verhalten: Während zum Beispiel im Juni 2013, aus

Einsparungsgründen, das staatliche Fernsehen in Griechenland abgeschaltet wurde, gibt es jetzt bei der ARD für 23,8 Millionen Euro ein neues Studio. Das sei wichtig für die Nachrichtensprecher. Die



hätten jetzt mehr Auslauf. EU-Vorschriften für die artgerechte Haltung von Medienleuten, heißt es.

Nur in einem hängen wir Deutschen den Griechen noch weit hinterher: beim Neubau unseres Hauptstadtflughafens nämlich! Während Athen innerhalb von sechs Jahren Bauzeit und mit nur zwei Milliarden Euro Neubaukosten auf seinem Flughafen jährlich 16,2 Millionen Passagiere abfertigt, ist der Flughafen Berlin Brandenburg mit bisher acht Jahren Bauzeit und derzeit 5,4 Milliarden Euro Neubaukosten sowie jährlich null Millionen abgefertigten Passagieren mäßig erfolgreich.

Das Großbauprojekt ist mittlerweile so in Schiefelage geraten, dass der Flughafenchef Hartmut Mehdorn Mitte April auf der Heimfahrt von einer 14-stündigen Aufsichtsratssitzung mit seinem Dienstwagen umkippte. Er sei, so hieß es, gegen eine Leitplanke gefahren. Ich vermute, es wird ein Schlagloch gewesen sein. Und jetzt raten Sie mal, wer den Dienstwagen und damit auch die Reparaturkosten bezahlt. Kleiner Tipp: Die Griechen sind's nicht. Auch nicht die ARD oder der Schäuble oder der Albig. Und der Mehdorn wird auch nicht zahlen. Bleibt ja nur noch einer übrig, oder? ■



Ob Firmenjubiläum oder Betriebsfeier: Herr Lehmann ist selbstverständlich käuflich und auf Wunsch bestellbar: www.knabarett.de.

Erik Lehmann, Jahrgang 1984, ist Kabarettist an der Herkuleskeule Dresden. Sein scharfzüngiges und bissiges politisches Kabarett brachte ihm bereits den ostdeutschen Kleinkunstpreis und weitere Kabarettpreise ein. Foto: Mike Hätterich



CHEMIEGESCHICHTE(N) – 20. JUNI 1894

Entdeckung des Pesterregers

Unter der Überschrift „ChemieGeschichte(n)“ wirft das VAA Magazin einen Blick auf Meilensteine der chemischen Wissenschaft und Praxis. Im Mittelpunkt stehen Personen, Dinge oder Ereignisse, die Geschichte geschrieben haben und deren Einflüsse bis heute spürbar sind.

Es war eine Art wissenschaftlicher Wettlauf, der sich da vor ziemlich genau 120 Jahren in Fernost abspielte. Von der Mongolei aus hatte sich eine große Pestwelle ausgebreitet, die schnell bis vor die Tore der damaligen britischen Kolonialmetropole Hongkong gelangte. Unter den Naturwissenschaftlern und Medizinern, die sich anschickten, hinter das Geheimnis dieser teuflischen und jahrhundertealten Geißel der Menschheit zu kommen, war auch ein junger Bakteriologe aus der Schweiz: Alexandre Émile Jean Yersin.

Mit seinen gerade einmal 30 Jahren war Yersin, der ab 1890 als Arzt auf Schiffen im Pazifik anheuerte, bereits ein erfahrener Weltenbummler und Forschungsreisender. Er war die ideale Verkörperung jener ersten Generation der Tropenmediziner, die meist in den überseeischen Besitzungen europäischer Staaten unbekannte Erreger jagten und nach Mitteln im Kampf gegen Seuchen und anderen Krankheiten suchten. Nach Hongkong gelangte Yersin im Auftrag der französischen Regierung und des renommierten Institut Pasteur.

Doch der Mann mit dem selbstbewussten Blick und dem akkurat gestutzten Vollbart hatte starke Mitbewerber – unter anderen den Japaner Shibasaburo Kitasato. Während Kitasato und sein Team unter besten Bedingungen arbeiten konnten, musste Yersin mit seinen Helfern die Bakterienkulturen in einer Bambushütte untersuchen. Von den englischen Behörden konnte der von der französischen Koloni-

alkonkurrenz entsandte Wissenschaftler kaum Unterstützung erwarten. Stattdessen versorgten ihn italienische Missionare mit den Körpern von Pesttoten und ermöglichten ihm mit diesem makabren Dienst, den Erreger aus befallenen Lymphknoten der Opfer herauszulösen.

Glück war freilich auch im Spiel. Denn das Bakterium vermehrt sich bei niedrigeren Temperaturen besonders gut. Yersins zugige Bambushütte schlug damit Kitasatos Brutkasten, der die menschliche Körperwärme simulierte. Am 20. Juni 1894 stand der Arzt aus Europa vor dem Durchbruch: Es gelang ihm, den Erreger zu isolieren. Wie sich herausstellen sollte, handelte es sich um die Mutation eines eigentlich harmlosen Bakteriums, das unter anderem durch spezielle chemische Verbindungen und abgesonderte Giftstoffe den menschlichen Organismus lahmlegte.

Yersin war damit dem Geheimnis der Krankheit einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Wenig später führte er überdies den Nachweis, dass der Erreger auch verantwortlich war für das zur gleichen Zeit in Hongkong aufgetretene Massensterben von Ratten. Ein wichtige Erkenntnis, um den Verbreitungsweg vom Tier zum Menschen zu verstehen. 1970 erhielt die gesamte Bakteriengattung zu Ehren des Forschers die wissenschaftliche Bezeichnung „Yersinia“.

Heute wird der „schwarze Tod“ mit Antibiotika oft erfolgreich behandelt. Epide-



Mit Pesthauben versuchten sich Mediziner im 17. Jahrhundert vor einer Ansteckung mit dem Pesterreger zu schützen. Foto: Anagoria – Wikimedia

mien, wie sie der italienische Humanist Giovanni Boccaccio im „Dekameron“ oder Albert Camus in seinem Roman „La Peste“ („Die Pest“) beschrieben, sind selten geworden, aber es gibt sie immer noch. Erst in den vergangenen Monaten sollen über 50 Menschen auf Madagaskar an der Pest gestorben sein. Yersin selbst blieb dem fernen Osten treu und ließ sich im heutigen Vietnam nieder, wo sein Andenken immer noch in Ehren gehalten wird. Der Forscher starb am 28. Februar 1943 in Nha Trang. ■

Glückwünsche im Juli und August

zum 95. Geburtstag im Juli:

- Albert Klein, Frankfurt

zum 90. Geburtstag im Juli:

- Helmuth Rathner, Wiener Neudorf (AT)
- Helmut Schilling, Hanau
- Dr. Herbert Schlüter, Marl

zum 85. Geburtstag im Juli:

- Andreas Brodesser, Rheinbrohl
- Dr. Karl-Heinz Gugel, Schifferstadt
- Dr. Peter Klinke, Lautertal
- Dr. Bernhard Lorenz, Wiesbaden
- Dr. Walter Pätzold, Leverkusen
- Dr. Karl Josef Rauterkus, Kelkheim
- Dr. Horst Rutzen, Langenfeld
- Dr. Siegfried Schumann, Bitterfeld-Wolfen
- Dr. Lothar Schäfer, Schwalbach
- Heinrich Smolen, Pulheim
- Dr. Gert Streissle, Wuppertal
- Karl Walter, Winnweiler

zum 80. Geburtstag im Juli:

- Rudolf Amerschlaeger, Hofheim
- Prof. Dr. Klaus Elgeti, Bergisch Gladbach
- Hubert Freckmann, Dessau-Roßlau
- Dr. Erich Kolk, Bad Dürkheim
- Dr. Bruno Kraemer, Neustadt
- Helmuth Krampff, Köln
- Dr. Siegmund Lukas, Ludwigshafen
- Dr. Wolfgang Ploetz, Berlin
- Dr. Dieter Schoenfelder, Gauting
- Dieter Stieler, Planegg
- Christa Uhde, Kriftel
- Gottfried Wetzel, Wachenheim

zum 75. Geburtstag im Juli:

- Dr. Jürgen Amort, Troisdorf
- Dr. Peter Becker, Ingelheim
- Christel Blanckmeister, Hockenheim
- Herbert Buta, Weisenheim

- Klaus Czernotzky, Radebeul
- Maria Denkler, München
- Dr. Emil Dumont, Reinheim
- Hans-Joachim Ermlich, Frankenthal
- Helmut Gruber, Mannheim
- Karlheinz Haase, Dresden
- Günter Herberg, Wiesbaden
- Wolfgang Hoffmann, Halle
- Dr. Roloff Johannsen, Marburg
- Dr. Walter Keddi, Dessau-Roßlau
- Heinz-Joseph Klein, Schwalbach
- Dr. Karl-Friedrich Krebs, Rossdorf
- Wiegand Krämer, Marl
- Jürgern P. Linnemann, Herrenberg
- Konstantin Lipp, Köln
- Dr. Thomas Martini, Kelkheim
- Klaus Meier, Dorsten
- Dr. Hans Müller, Wolfratshausen
- Kurt Schaper, Dorsten
- Dr. Gerd Scheppers, Marl
- Prof. Dr. Reiner Schoepe, Troisdorf
- Volker Siebel, Reichelsheim
- Wolf Sonnleitner, Willstätt
- Klaus Starke, Ratingen
- Dr. Herbert Wagner, Stegaurach

zum 95. Geburtstag im August:

- Helmut Beschke, Hanau

zum 90. Geburtstag im August:

- Dr. Hans-Gerd Kohlmeyer, Wuppertal
- Dr. Franz Mössner, Bad Soden
- Dr. Harald Scherg, Burghausen

zum 85. Geburtstag im August:

- Dr. Walter Brand, Kelkheim
- Dr. Armin Frowein, Marl
- Dr. Siegfried Jäger, Kelkheim
- Dr. Martin Klatt, Solingen
- Dr. Karl-Heinz Landskroener, Marl
- Dr. Erwin Lind, Büdingen
- Ernst Schröder, Rödermark
- Werner Sperzel, Gernsheim

- Dr. Otto Vater, Marl
- Dr. Irmgard Waschka, Mannheim

zum 80. Geburtstag im August:

- Dieter Buchert, Koblenz
- Horst Budick, Hambühren
- Dr. Wolfgang Clauß, Neustadt
- Dr. Uwe Döbereiner, Odenthal
- Hans Kienle, Marl
- Dr. Hans Maier, Burghausen
- Gregor Meisel, Raguhn
- Jaroslav Melzer, Ludwigshafen
- Gerhard Molin, Wachenheim
- Dr. Erich A. Müller, Düsseldorf
- Dr. Lothar Sandhack, Heide
- Hartmut Schulze, Dorsten

zum 75. Geburtstag im August:

- Dr. Gerhard Berner, Sinzig
- Berthold Blau, Bad Dürrenberg
- Theodor Boehmer, Recklinghausen
- Karin Diesler, Flörsheim
- Heinz Franke, Krefeld
- Dr. Hansjörg Hahn, Hofheim
- Siegfried Hahnemann, Rheinfelden
- Dr. Jürgen Heiss, Wien (AT)
- Ingrid Krafft, Halle-Saale
- Burghardt Leihner, Bad Homburg
- Joerg Leine, Halle
- Dr. Bernd-Heinrich Menck, Neustadt
- Edwin Miesbauer, Pfaffenhofen
- Dr. Eckhard Möller, Marl
- Dr. Klaus-Peter Paul, Poing
- Manfred Pohl, Frankfurt
- Dr. Jürgen Popp, Niedernhausen
- Dr. Siegfried Raddatz, Köln
- Armin Schade, Dirmstein
- Reinhold Schlegel, Hassloch
- Lothar Sesterhenn, Dormagen
- Dr. Ralf Steintraesser, Darmstadt
- Detlev Thomsen, Dülmen
- Manfred Walter, Wuppertal
- Dr. Henning Westerphely, Münster
- Dr. Harald Wulff, Düsseldorf

Raten Sie mal

Herzlichen Glückwunsch an die Gewinner der April-Ausgabe: Dr. Diana Wischang, Werksgruppe Clariant Rhein-Main, Dr. Karsten Rettig, Einzelmitglied Nordrhein, und Thomas Müller, Werksgruppe Hoechst. Die Lösung lautet „Filtration“. Für diese Ausgabe ist der Einsendeschluss der 15. Juli 2014. Bereits nach Ablauf der Einsendefrist wird die Lösung auf der VAA-Website eingestellt. Das Lösungswort bezeichnet wieder einen Begriff aus der Chemie. Die Lösung des Sudoku-Rätsels wird ebenfalls im Internet eingestellt. Bitte Rückmeldungen per E-Mail (redaktion@vaa.de), Fax (0221 160016) oder Post an die VAA-Geschäftsstelle Köln (Mohrenstr. 11 – 17, 50670 Köln) senden. Unter den richtigen Einsendungen werden drei Gewinner gezogen, die jeweils einen Benzin- oder Buchgutschein im Wert von 25 Euro erhalten.

	4			3			8	
		1				6		
	5						3	
		7	8		5	9		
		2				5		
		5	9		2	1		
	2						5	
		6				4		
	8			1			7	

Adelsdame	Aufgeld	Gebäudebesitzer	Fürstentitel im Orient (Mz.)	zusammenführen	beste Schulnote (2 Worte)	mit Feuer spielen	ugs.: links-herum	Warthezufluss in Polen	österr. Arzt (Sigmund ..., † 1939)	6	dt. Komponist (Hanns ..., † 1962)			
Mutter des Perseus				spanisch für Agnes			Fluss zur Loire							
Spitzname von J. Klinsmann		Abk.: Umdrehungen pro Min.			sehr großer Mensch				Inselgruppe im Atlantik					
					Ruhm, Ansehen		gewellt							
Nadelbäume	5				Ruhm, Ansehen				Abk.: Zivildienstleistender					
orientalischer Warenmarkt	Schmetterball	Fluss in den Niederlanden		lateinisch: Last, Mühe	Zeichner von „Asterix“ (Albert ...)					Vertrauensbruch				
			span.: Berg veraltet; ebenso				Stadt in Nordostniedersachsen	Maaszufluss Teesorte			3			
Landschaft im Apennin					griech. Vorsilbe: zehn	arktische Seevogel Westeuropäerin					elektrisch geladene Teilchen			
Fruchtschneider	Stadtteil von Köln	Zwang, Druck	Gesteinsstrom	oberital. Stadt Panzerschrank				griechische Vorsilbe: gegen	4					
						Squash: Ballwiederholung				Vorratsverwahrer				
Gelenkerkrankung (Kurzw.)					Abk.: Ribonukleinsäure		aufs Korn nehmen Zierpflanze		11					
den Wasserhahn schließen	schlaues Mainzelmännchen		Westgermane nicht niedrig					Reitersitz		kurz für Artillerie	drehend fortbewegen			
						krautige Pflanze	Sprecher							
Vorname des Malers Rauch			grönländische Schneehütte	Lachs				Schweizer Flächenmaß			Dörfer			
				Neigung		italienisches Alpengebiet					9			
gerade Linie														
Teil des Fahrrads	brit. Popsänger (Dave ..., † 2009)	Staat in Afrika höchste Karte					Abk.: lateinisch			Kfz-Z. Irland				
				Titelfigur b. Blyton („Hanni und ...“)				Siegerin	10					
Gesetzesberatung im Parlament					leichtes Gewebe					Abk.: tenuto				
Halbton unter D			Lösung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Leserbriefe

Zum Artikel „Exportüberschuss: Fluch oder Segen“, VAA Magazin April 2014

Erst im letzten Teil geht der Autor auf die Problematik der Binnennachfrage ein. Was heißt denn „faire Beteiligung der deutschen Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen“? Geht es etwas konkreter? Der Vergleich für den Zeitraum 1980–2012 für Produktivität und Reallohnentwicklung zeigt eine eindeutige Entwicklung: Produktivität ist um 90 Prozent gestiegen und die Reallöhne sind um 15 Prozent gesunken. Daraus folgt, dass für die Arbeitnehmer der Exportüberschuss kein Segen war.

Die akkumulierten Exportüberschüsse Deutschlands für den Zeitraum 1991 bis 2012 betragen 2.286 Milliarden Euro. Ursächliche Fragen werden vom Autor nicht gestellt. Wo sind die Exportüberschüsse gelandet? Die Bilanz für Deutschland aus privatem Vermögen, Überschuss des Finanzmarktes, Schulden der Konzerne und Schulden des Staates müsste ausgeglichen sein. Ist sie aber nicht. Erst wenn der Exportüberschuss einbezogen

wird, und zwar unter Schulden, geht die Bilanz auf! Wer ist also der Nutznießer?

Hans-Hermann Braun, Hückelhoven

Zu „Innovationen: Querdenker ausgebremst“, ULA Nachrichten April 2014

Die beklagte einseitige Meinungsmache in den Medien sowie die steigende Anzahl von Bürgerbegehren sind nicht die Ursache der Innovationshemmung, sondern viel mehr die Folge von Dysfunktionalitäten.

Beim Punkt Medien und Bürgerbegehren muss man konstatieren, dass es die Arbeitsbedingungen von Medienschaffenden heute kaum noch erlauben, ein Thema in der Tiefe und in seiner Mannigfaltigkeit zu recherchieren. In den Redaktionen liegt das daran, dass eine konstante Arbeitsüberlastung herrscht, an der Personalschraube gedreht wird. Für substanzielles und konstruktives Querdenken im Journalismus ist heute eigentlich kein Platz mehr vorhanden! Dies auch wegen der bisweilen leise ausgedrückten Sorge, dass „eine kritische Berichterstattung möglicherweise die Anzeigenkunden verschrecken könnte“.

Schreiben Sie uns

VAA Magazin
Mohrenstraße 11 – 17 · 50670 Köln
Fax 0221 160016
redaktion@vaa.de



Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Anschrift an.

Ein wesentliches Element heutiger Zeit ist auch, dass der ‚Agenturjournalismus‘ zugezogen hat. Wenn man in einem Organ eine Strichliste führt, wie viele Artikel von externen Agenturen und wie viele intern und tatsächlich redaktionell verfasst werden, erklärt sich manches dann wieder von selbst. Es helfen nur klare, vollumfängliche Informationen und „Vernehmlassung“: wichtige Projekte vor das Volk zu bringen, die von den Medien begleitet werden.

Dipl.-Ing. Herbert J. Joka, Aachen

Termine

- 27.–28.06.2014** Betriebsrätekonferenz, Mainz
- 03.–05.07.2014** Vorstandssitzung und Klausurtagung, Königernheim
- 09.08.2014** Vorstandssitzung, Berlin
- 18.–20.08.2014** Seminar für Betriebsräte, Köln
- 12.–13.09.2014** Gemeinsame Sitzung Vorstand, Beirat und Kommissionsvorsitzende, Mainz
- 15.09.2014** Kommission Hochschularbeit, Köln
- 19.–20.09.2014** Sprecherausschusskonferenz und -tagung, Augsburg

VORSCHAU AUSGABE AUGUST

- **Spezial:**
Chemie im Fahrzeugbau
- **Befindlichkeit:**
Ranking nach Ergebnissen
- **Management:**
Ethik für Führungskräfte

Impressum

Herausgeber: Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellten der chemischen Industrie e. V., Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln, Tel. 0221 160010, Fax 0221 160016, info@vaa.de, www.vaa.de
Der Bezug des VAA Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsleitung: Timur Slapke

Redaktion: Christoph Janik, Ursula Statz-Kriegel, Simone Leuschner (Bildredaktion); verantwortlich für die ULA Nachrichten: Ludger Ramme, Andreas Zimmermann

Redaktionsbeirat: Thomas Dülberg, Dr. Thomas Fischer, Gerhard Kronisch

Anzeigen: Ursula Statz-Kriegel, Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln, Tel. 0221 16001-29, ursula.statz@vaa.de
Es gilt die aktuelle Anzeigenpreisliste von 01.01.2012.

Druckauflage: 28.000 (1/14); **Erscheinungsweise:** 6-mal jährlich

Gestaltung: Dülberg & Brendel GmbH Public Relations, Düsseldorf

Druck: Köllen Druck+Verlag, Bonn-Buschdorf
In namentlich gekennzeichneten Gastbeiträgen und Leserbriefen geäußerte Inhalte und Ansichten geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Gleiches gilt für dem VAA Magazin beigelegte Informations- und Werbebroschüren.



Bitte das Print CO₂-Zertifikat einfügen.

Bitte das FSC Logo einfügen.

MIT SICHERHEIT KARRIERE MACHEN!



Forum Fach-
und Führungskräfte

www.forum-f3.de

Kontakte · Exklusive Leistungen · Wirksame Interessenvertretung

Als Netzwerk außerhalb der chemischen Industrie bietet der Führungskräfteverband Forum F3 Unterstützung in allen Karrierefragen: von exklusiven Informationen aus Wirtschaft und Politik über einen qualifizierten juristischen Service und exzellenten Seminaren bis hin zu maßgeschneiderten Zusatzleistungen.

Umfassender juristischer Service:

Arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung durch unsere erfahrenen Juristen – auch vorbeugend, bevor ein Problem auftritt oder ein Rechtsstreit ansteht (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

Erfahrungs- und Informationsaustausch in unserem Netzwerk mit über 50.000 Mitgliedern:

Überregionale Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen sowie Seminare

Politisches Sprachrohr aller Führungskräfte:

Wirksame Interessenvertretung in Berlin und Brüssel

In Kooperation mit:



Die Führungskräfte



Führungskräfte
Institut



Führungskräfte
Chemie



Führungskräfte
Chemie

Dein Studium in **Holland**
Dein Master in den **USA**
Dein Praktikum in **China**
Dein Berufseinstieg in **Deutschland**
Dein Zuhause im VAA



Foto: Kurhan - Fotolia.com



Like

Klicke auf unserer
Seite auf „Gefällt mir“

Mitglied sein im VAA:



Interessenvertretung



Publikationen



Netzwerk



Juristischer Service



Bildung



Politik

Herzlich willkommen! www.vaa.de